

Für Rätemacht und Revolution!

KLASSENKAMPF

Nummer 48 | Jänner/Februar 2023 | 2,--

Zeitung der Gruppe Klassenkampf, öst. Sektion des Kollektivs permanente Revolution



Editorial:

Für einen demokratischen, klassenkämpferischen ÖGB

Die Kapitulation der ÖGB-Bürokratie bei den Metaller-KV-Verhandlungen zeigt: wir müssen uns selbst organisieren, wenn wir etwas erreichen wollen. Und gegen die Inflation hilft nur eine gleitende Lohnskala.

Mehr auf Seite 2

Migration:

Volkspartei „überklickt“ die Freiheitlichen

Als erster machte sich Innenminister Karner, Dollfuß-Verehrer und Sendbote des schwarzen Kernlandes Niederösterreich für eine Verschärfung der Asylpolitik stark. Dann zog die ÖVP gleich gegen die EMRK vom Leder.

Mehr auf Seite 10

Iran:

Nieder mit den Mullahs, die Macht den Arbeiter*innen!

Der Iran hat in den letzten Jahren eine Reihe von Protesten erlebt - an Umfang und Opfermut kam aber keine an die aktuelle Bewegung heran. Wenn die Proteste in Richtung Sozialismus gehen, ist ein echter Sieg möglich.

Mehr auf Seite 19



ISSN: 2220-0657



9 772220 065718

Metaller-KV: Ein neuer Verrat der Gewerkschaftsbürokratie

So tönt die Führung der PRO-GE am 4. November 2022:

„Die Kollektivvertragsverhandlungen für rund 200.000 Beschäftigte und Lehrlinge der Metallindustrie wurden am 3. November mit dem Fachverband Metalltechnische Industrie (FMTI) fortgesetzt. Nach 12 Stunden erreichten die Gewerkschaften PRO-GE und GPA kräftige und nachhaltige Lohnerhöhungen. Die Ist-Einkommen werden um bis zu 8,9 Prozent angehoben. Die KV-Mindestlöhne steigen um 7 Prozent. Die Lehrlingseinkommen steigen in drei Etappen bis November 2024 auf 1.050 Euro (1. Lehrjahr), 1.270 Euro (2.), 1.625 Euro (3.) und 2.110 Euro (4. Lehrjahr).“

Und so klang es am 2. November 2022:

„Unsere Forderung nach 10,6 Prozent mehr Lohn und Gehalt ist weiter aufrecht. Falls auch am 3. November nichts weitergeht, wird es nächste Woche in den Betrieben zu Arbeitsniederlegungen kommen“, sagt der Chefverhandler der Gewerkschaft PRO-GE, Rainer Wimmer“.

Eine Tragödie aus dem ÖGB-Repertoire

Dem vorausgegangen war ein ritualisiertes Schauspiel, das wir alle seit Jahren bis zum Erbrechen kennen.

1. Akt: Die Gewerkschaft legt bei der ersten Verhandlungsrunde zum Metaller-KV am 4. Oktober ihre Forderung – 10,6% Lohnerhöhung auf die bestehenden Gehälter. Erstmals wird eine zweistellige Erhöhung genannt – die Gewerkschaftsführung erklärt, man wolle dadurch die aktuelle September-Inflationsrate berücksichtigen.

Auftritt Fachverband Metalltechnische Industrie: Dessen Obmann Christian Knill prophezeit den Ruin seiner Branche, wenn die Gewerkschaft nicht das großzügige Angebot von +4,1 auf die derzeitigen KV-Löhne annehme. Stattdessen bieten die Metall-Kapitalisten „Einmalzahlungen“ an – die Almosenmentalität der türkis-grünen Bundesregierung lässt grüßen!

2. Akt: „Sicherheitshalber“ kündigt die PRO-GE (und die Transportgewerkschaft VIDA, bei der KV-Verhandlungen bei den

ÖBB anstehen) Betriebsrätekonferenzen an. Vor der Verhandlungsrunde am 17. Oktober trommelt sie 600 Betriebsräte aus Niederösterreich, Wien und dem Burgenland in Oberwaltersdorf zusammen. PRO-GE-Vorsitzender Wimmer erklärt, „jetzt sind die Arbeitnehmer mit kräftigen Lohnerhöhungen dran“.

Die Kapitalistenvertreter stellen sich taub – auch bei der zweiten Verhandlungsrunde bessern sie ihr Angebot nicht nach. Einen Tag später, am 18., beginnen die KV-Verhandlungen für die rund halbe Million Handelsangestellten. Am 22. Oktober erklärt Wimmer im Ö1 Morgenjournal, gegebenenfalls würde die Gewerkschaft den Unternehmern helfen, die Schlüssel zu den verschlossenen Geschäftsbüchern zu suchen, aus denen sich die gute Auftragslage der Branche und die Profite ermitteln ließen.

Intermezzo: Am 29.10. veröffentlicht die Statistik Austria eine Schnellschätzung, der zu Folge die Inflation im Oktober bei 11% liegt.

3. Akt: Am 3. November gibt es in St. Pölten wieder eine Betriebsrätekonferenz, diesmal mit 2.000 Teilnehmer*innen. Unter anderem wird mit zunächst dreistündigen Betriebsversammlungen und dann mit Streiks gedroht, wenn die Unternehmer nicht endlich auf die Forderungen der Gewerkschaft eingehen. Dort fallen die eingangs zitierten denkwürdigen Worte des PRO-GE Oberbürokraten Wimmer: „Unsere Forderung nach

10,6 Prozent mehr Lohn und Gehalt ist weiter aufrecht. Falls auch am 3. November nichts weitergeht, wird es nächste Woche in den Betrieben zu Arbeitsniederlegungen kommen“. Parallel dazu demonstrieren im 4. Wiener Gemeindebezirk Mitglieder der Jugendorganisationen von PRO-GE und GPA vor der Wirtschaftskammer für saftige Erhöhungen der Lehrlingsentschädigungen.

Epilog: In der Nacht vom 3. zum 4. November verkünden die „Chefverhandler“ der PRO-GE und der GPA den „Sieg“. „Kräftige und nachhaltige“ (!) Lohnerhöhungen seien erreicht worden. Fehlt nur noch das Wort „achtsame“ ...

Die KV-Löhne steigen um 7% (die Formulierung „die Ist-Einkommen werden um bis zu 8,9 Prozent angehoben“ verschleiert, dass das nur einen Teil der Beschäftigten betrifft. Die Anhebung der Lehrlingsentschädigungen ist überhaupt ein Zwei-Jahres-Plan – das lässt für die nächsten KV-Verhandlungen nichts Gutes erwarten.

Hase und Igel oder: wir humpeln der Inflation hinterher

Wie war das doch gleich mit den 10,6%, die die Gewerkschaft gefordert hatte? Die Sache wird klar, wenn wir uns den triumphierenden Tweet von GPA-Sprecher Daniel Gürtler anschauen: „WIR HABEN EINEN ABSCHLUSS. Heute früh lag das Angebot bei 4,1%, gerade haben wir mit bis zu 8,9% abgeschlossen! Die zugrundeliegende Inflation von 6,3% ist mehr als ausgeglichen. Der Abschluss bedeutet praktisch ein zusätzliches Monatsgehalt für alle“.

Genau hier liegt die Crux der gewerkschaftlichen Lohnpolitik: Sie orientiert sich nicht an der aktuellen Inflation, sondern an der durchschnittlichen Inflationsrate des vergangenen Jahres. Heißt:

Während die österreichischen Arbeiter*innen, Angestellten, Lehrlinge, Pensionist*innen entsetzt auf explodierende Energiekosten schauen, immer weniger für ihr (oft in mehreren Jobs) hart erarbeitetes Geld konsumieren können, durch Mietwucher von Obdachlosigkeit bedroht werden, freuen sich Gewerkschaftsbürokraten, dass sie wenigstens die Teuerung vom Vorjahr ausgleichen konnten!

Gerade jetzt, wo weltweit die Inflation neuerlich zu einer Bedrohung der sozialen Lage der Arbeitenden wird, müssen andere Wege gefunden werden, um die Verelendung der Massen zu verhindern. Dazu gehört die gleitende Lohnskala, also die automatische Anpassung der Löhne an die Teuerung. Das ist weder eine neue Forderung noch eine unrealisierbare (wie wir unten zeigen werden). 1938, am Vorabend des 2. Weltkrieges, formulierte Leo Trotzki im „Übergangsprogramm“ der IV. Internationale:

Gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit

Unter den Bedingungen des sich zersetzenden Kapitalismus führen die Massen weiter das düstere Leben von Unterdrückten, die jetzt mehr denn je von der Gefahr bedroht sind, in den Abgrund des Pauperismus geworfen zu werden. Sie sind gezwungen, ihr Stück Brot zu verteidigen, wenn sie es schon nicht vergrößern oder verbessern können. Es besteht weder Möglichkeit noch Notwendigkeit, hier all die verschiedenen partiellen Forderungen aufzuzählen, die jeweils aus den konkreten nationalen, lokalen und beruflichen Bedingungen hervorgehen. Aber zwei wirtschaftliche Grundübel, in denen sich die wachsende Sinnlosigkeit des kapitalistischen Systems zusammenfaßt, nämlich die Arbeitslosigkeit und die Verteuerung des Lebens, erfordern verallgemeinerte Losungen und Kampfmethoden.

Die IV. Internationale erklärt die Politik der Kapitalisten einen unversöhnlichen Krieg, einer Politik, die zu einem beträchtlichen Teil – genauso wie die Politik ihrer Agenten, der Reformisten, – in dem Versuch besteht, auf die Arbeiterschaft die ganze Last des Militarismus, der Krise, der Zerrüttung der Geldsysteme und andere Übel des kapitalistischen Niedergangs abzuwälzen. Sie fordert Arbeit und eine würdige

Existenz für alle.

Weder Inflation der Währung noch Stabilisierung können dem Proletariat als Losungen dienen, denn das sind nur die zwei Gesichter ein und derselben Medaille. Gegen die Teuerung, die mit dem Herannahen des Krieges einen immer zügelloseren Charakter annehmen wird, kann man nur



Was etliche österreichische Gewerkschaftsfunktionäre für unmöglich halten, gibt's in Belgien: Die automatische Anpassung der Löhne an die Inflation. Freilich muss dafür ständig gekämpft werden. Ein Transparent auf der Gewerkschaftsdemonstration am 1. Mai 2022: "Heute und morgen - rührt den Index nicht an!" [Foto: OGBL]

kämpfen mit der Losung der Gleitenden Lohnskala. Die Tarifverträge müssen die automatische Erhöhung der Löhne gleichlaufend mit den Preissteigerungen der Verbrauchsgüter garantieren.

Will es sich nicht selbst dem Untergang ausliefern, dann darf das Proletariat nicht dulden, daß ein wachsender Teil der Arbeiterschaft zu chronisch Arbeitslosen, zu Elenden gemacht wird, die von den Krümmeln einer sich zersetzenden Gesellschaft leben. Das Recht auf Arbeit ist das einzig ernsthafte Recht, das der Arbeiter in einer auf Ausbeutung begründeten Gesellschaft besitzt. Ihm wird jedoch in jedem Augenblick dieses Recht genommen. Gegen die Arbeitslosigkeit – sowohl die strukturelle wie die konjunkturelle – ist es an der Zeit, neben der Parole der öffentlichen Arbeiten die Losung der Gleitenden Skala der Arbeitszeit auszugeben. Die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen müssen diejenigen, die Arbeit haben, und diejenigen, die keine haben, durch die gegenseitige Verpflichtung zur Solidarität verbinden. Auf dieser Basis muß die verfügbare Arbeit unter alle vorhandenen Arbeitskräfte aufgeteilt und so die Dauer der Arbeitswoche bestimmt werden. Der

Durchschnittslohn jedes Arbeiters bleibt der gleiche wie bei der bisherigen Arbeitswoche. Der Lohn, mit einem fest garantierten Minimum, folgt der Bewegung der Preise. Kein anderes Programm ist für die jetzige Periode der Katastrophen annehmbar.

Die Besitzenden und ihre Anwälte werden

die „Unmöglichkeit der Verwirklichung“ dieser Forderungen darlegen. Die Kapitalisten von geringerer Statur, insbesondere diejenigen, die dem Ruin entgegengehen, werden außerdem auf ihre Buchführung verweisen. Die Arbeiter werden kategorisch diese Argumente und Empfehlungen abweisen. Es handelt sich nicht um den „normalen“ Zusammenstoß entgegengesetzter materieller Interessen. Es geht darum, das Proletariat vor Verfall, Demoralisierung und Ruin zu bewahren. Es geht um Leben und Tod der einzig schöpferischen und fortschrittlichen Klasse und damit um die Zukunft der Menschheit selbst. Wenn der Kapitalismus unfähig ist, die Forderungen zu befriedigen, die unausweichlich aus den Übeln hervorgehen, die er selbst erzeugt hat, dann soll er untergehen! Die „Möglichkeit“ oder „Unmöglichkeit“, diese Forderungen zu verwirklichen, ist hierbei eine Frage des Kräfteverhältnisses, die nur durch den Kampf gelöst werden kann. Auf der Grundlage dieses Kampfes werden die Arbeiter – was auch immer seine unmittelbaren praktischen Erfolge sein mögen – am besten die Notwendigkeit begreifen, die kapitalistische Sklaverei zu liquidieren.

Gleitende Lohnskala – keine Utopie

Tatsächlich haben die Arbeiter*innen verschiedener Länder diese automatische Angleichung der Löhne an die Teuerung zumindest über einige Jahrzehnte durchsetzen können: In Frankreich gab es sie von 1952 bis 1982, in Italien erzwangen die Arbeiter*innen 1945 die „Scala mobile“, die bis 1992 bestand und erst von einer sozialdemokratisch geführten Regierung nach jahrelangen Angriffen der Kapitalist*innen beseitigt wurde.

In Luxemburg gibt es seit 1921 eine „Indexierung“ genannte Anpassung der Löhne an die Inflation – zuerst nur für die Eisenbahner, dann, ganz wesentlich, 1936 durch massive gewerkschaftliche Kampffaktionen auch in der Metallindustrie. Seit 1965 ist die Automatik in allen Kollektivverträgen verpflichtend, seit 1972 werden die Löhne automatisch angehoben, wenn die Inflation 2,5% übersteigt. Seit 1975 gilt diese Regelung in allen Branchen und auch für die Pensionen. Als Anfang der 80er Jahre die Stahlkrise voll auf Luxemburg durchschlug, wurden in „sozialpartnerschaftlicher Manier“ tausende Metallarbeiter auf die Straße gesetzt und stattdessen der „Finanzplatz Luxemburg“ aufgebaut. Die Unternehmer*innen witterten Morgenluft und gingen zur Offensive über. Sie forderten das Ende der Indexierung. Während die sozialpartnerschaftlichen Sozialdemokraten ruhig blieben, rief die Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes und der Eisenbahner für den 5. April 1982 zu einem eintägigen Streik gegen diesen Angriff auf die Löhne und Pensionen auf. Die Resonanz war so gewaltig, dass die Dynamik in Richtung des Generalstreiks ging. Die Unternehmer*innenverbände zogen den Schwanz ein, die Indexierung war gerettet. Allerdings gibt es kontinuierliche Angriffe auf diese Regelung – sie ist eine „umkämpfte Bastion“ der Arbeiter*innen. Aber – und hier schließt sich der Kreis: Die gleitende Lohnskala ist möglich, es ist makaber, wenn sich die Gewerkschaftsbürokratie mit der Ausrede, man könne ja nie wissen, wie die Inflation weiterginge, gegen die gleitende Lohnskala ausspricht.

Die Angst vor dieser Forderung lässt

sich wohl nur dadurch erklären, dass sie nur umsetzbar ist, wenn es eine breite Mobilisierung in den Betrieben gibt. Das heißt: Die gleitende Lohnskala muss dem Kapital durch den Klassenkampf abgerungen werden. Wie Trotzki 1938 richtig argumentierte, geht die gleitende Lohnskala mit der Forderung nach der gleitenden Arbeitszeitskala (im Sinne von: Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich) Hand in Hand.

Die Gewerkschaftsbürokratie ist unfähig, diesen Kampf zu organisieren – sie beweist das jedes Jahr, bei jeder KV-Runde, aufs Neue. Sie ist voll und ganz in die Logik des kapitalistischen Systems und des bürgerlichen Staates eingebunden. Seine Existenz, sein Gedeihen ist für sie wichtiger, als die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder. Diese bezahlen mit ihren Mitgliedsbeiträgen zwar die Gehälter der Bürokraten – diese genießen aber durch die Integration in diverse Kommissionen und staatliche Gremien oder Doppelfunktionen als Parlamentarier oder Lokalpolitiker zusätzliche Privilegien. Sie sind der Transmissionsriemen der kapitalistischen Interessen in die Arbeiter*innenklasse.

Für demokratische, klassenkämpferische Gewerkschaften!

Der Kampf für die gleitende Lohnskala und die Aufteilung der Arbeit auf alle wird also zugleich der Kampf für tatsächlich demokratische, also unter Kontrolle der Arbeiter*innen, stehende Gewerkschaften sein. Das heißt: regelmäßige Wahl der Funktionär*innen, die auch jederzeit abwählbar sein müssen; Deckelung der Einkommen von Gewerkschaftsfunktionär*innen – niemand darf mehr verdienen als ein durchschnittliches Facharbeiter*innengehalt! Tatsächliche Einbeziehung der Mitgliedschaft in die Gewerkschaftsarbeit – Aufbau von Gewerkschaftsgruppen in allen Betrieben, Aufbau von Jugendgruppen, die neben den wirtschaftlichen auch die politischen und kulturellen Interessen der arbeitenden und lernenden Jugend vertreten!

Parallel dazu ist natürlich die Bildung von Aktionskomitees und Basisgruppen in den Betrieben möglich, wenn die Be-

schäftigten entweder nicht gewerkschaftlich organisiert sind oder, auf Grund ihrer Erfahrungen, nach anderen Wegen der Selbstorganisation suchen.

Sprechen wir es offen aus: Der KV-Abschluss, entgegen der Versprechungen auf den BR-Konferenzen, war ein Verrat der Gewerkschaftsbürokratie an den Interessen der Metaller*innen. Und es ist ein Verrat, der katastrophale Folgen haben kann. Wir sehen seit dem Ausbruch der Corona-Krise, wie faschistoide und faschistische Kräfte versuchen, die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit Maßnahmen der Regierung und der verschiedenen Interessensvertretungen (egal, welcher Klasse sie zugehörig sind) auszunutzen und zur Speerspitze einer autoritären Wende zu machen.

Wenn die Gewerkschaften und die in ihnen dominierende Sozialdemokratie weiter die Verteidigung des Kapitalismus dem Einsatz für die Interessen der Lohnabhängigen vorziehen, treiben sie verzweifelte und politisch weniger bewusste Teile der arbeitenden Bevölkerung in die Arme der faschistoiden Rattenfänger.

Die einzige Antwort auf die Krise kann und muss die entschlossene und geschlossene Front der Lohnabhängigen gegen Lohnraub, Teuerung, und Sozialabbau sein. Wichtig wird es sein, die Kräfte, die diesen Weg gehen wollen, zu organisieren – nicht nur in Österreich, sondern weltweit!

IMPRESSUM:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck: Gruppe Klassenkampf. Druckort: Wien. Offenlegung nach §25 Mediengesetz: 100%-Eigentümer der periodischen Druckschrift KLASSENKAMPF ist die politische Partei GRUPPE KLASSENKAMPF. Die Partei ist an keinen anderen Medienunternehmen finanziell beteiligt.

Streik bei den Eisenbahnen: Die Richtung stimmt!

Am 28. November standen – zumindest auf den meisten Bahngleisen – “alle Räder still”. Nachdem die Bahnbetreiber die Forderung der Gewerkschaft *vida* nach einer Sockellohnerhöhung von 400 Euro abgelehnt haben und ihr “Angebot” von 200,- (!!!) auf 208,- (!!!) erhöhten, war der eintägige Warnstreik die legitime Reaktion auf diese Provokation.

Angesichts der aktuellen Inflationsrate von rund 11% ist es positiv, dass der Gewerkschaftsapparat der *vida* im Gegensatz zu den Verhandler*innen bei den Mataller*innen hart geblieben ist. Das liegt sicherlich in erster Linie an der Unzufriedenheit in den Werkstätten, Bahnhöfen und in den Zügen. Der Druck von unten hat sich gegen ein Umfallen gestemmt, wie wir es von den meisten KV-Verhandlungen kennen.

Heute ist es das Gebot der Stunde, solidarisch mit den streikenden Eisenbahner*innen zu sein. Die Herrschenden versuchten schon im Vorfeld, Stimmung gegen die Kolleg*innen bei den Bahnen zu machen. Ja, natürlich wird es für alle, die die Bahnen benützen müssen oder wollen Einschränkungen geben. Aber das ist ja der Zweck einer Streikaktion – sie muss sichtbar und spürbar sein. Und sie muss im konkreten Fall auch die engen Verflechtungen zwischen den einzelnen

Bereichen der kapitalistischen Wirtschaft zeigen. Die Arbeitenden müssen zum Arbeitsplatz? Wenn sie das nicht können, schädigt das “die Wirtschaft”? Na sowas! Die Unternehmer*innen vertreten bei den Kollektivvertragsverhandlung quer durch alle Branchen ihre gemeinsame Linie – Löhne drücken, Arbeitsbedingungen so schlecht wie möglich halten. Sie brauchen daher nicht zu jammern, wenn eine kämpferische Antwort in einem Sektor auch die anderen trifft.

Der Streiktag am 28. November kann der Auftakt zu selbstbewussteren KV-Verhandlungen sein – er kann es aber nur werden, wenn die Belegschaften selbst aktiv werden und sich nicht auf die Bereitschaft der Gewerkschaftsbürokraten verlassen, stellvertretend für sie zu handeln. Es ist notwendig, Aktionskomitees zu bilden, selbst über Kampfmaßnahmen zu beraten und diese auch zu

organisieren. Vor allem aber ist es wichtig, die Grenzen der bisherigen Forderungen, wie sie von den Gewerkschaften erhoben werden, zu sprengen.

Der Sockelbetrag, den die *vida* fordert, ist auf jeden Fall eine legitime Forderung. Wichtig ist es aber, für die automatische Anpassung der Löhne an die Inflation zu kämpfen. Nur eine gleitende Lohnskala wird das Lebensniveau der arbeitenden Menschen (aber auch von Jugendlichen und Pensionist*innen) zumindest nicht weiter verschlechtern lassen – gekoppelt an Lohnerhöhungen, welche die jahrzehntelangen Reallohnverluste ausgleichen, kann wirksam gegen die um sich greifende Verarmung gekämpft werden.

Parallel dazu muss die vorhandene Arbeit auf alle aufgeteilt werden – nicht nur, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, sondern auch, um eine wirklich radikale Arbeitszeitverkürzung (bei vollem Lohnausgleich) zu erreichen. Das wären die ersten dringenden Schritte, um auf Inflation und gesteigerte Ausbeutung in den Betrieben zu reagieren.

(GKK, 28. November 2022)

Das Programm der Gruppe KLASSENKAMPF

Ende 2019 fand die zweite ordentliche Konferenz der Gruppe KLASSENKAMPF (Sektion des CoReP) statt. Auf dieser Konferenz wurde das nun in gedruckter Form vorliegende Programm beschlossen.

Drei Monate nach dieser Konferenz brach die Corona-Pandemie mit voller Wucht über die arbeitende Bevölkerung, die lernende Jugend und die Arbeitslosen herein. Wir konnten diese Krise nicht vorhersagen. Sie hat nichts an der Gültigkeit unseres Programms geändert.



12 Februar 2023:

Gemeinsam auf die Straße für Solidarität und gegen Faschismus

Als Unterstützer*innen des „Bündnis 12. Februar“ stehen wir vollinhaltlich auf dem Boden des unten abgedruckten Aufrufs zur Demonstration am 12. Februar.

Als revolutionäre Organisation, die einer internationalen Strömung, dem Kollektiv Permanente Revolution, angehört, ist das Gedenken an den 12. Februar 1934 mehr als eine historische Verpflichtung.

Wir erleben heute weltweit, wie reaktionäre, faschistoide und offen faschistische Organisationen und Parteien versuchen, gesellschaftlichen Einfluss zu gewinnen oder gar nach der Macht greifen. Sie versuchen, die Straßen zu erobern und aggressiv Migrant*innen, Arbeiter*innenorganisationen, antifaschistische Jugendliche und LGBTQIA+Personen einzuschüchtern. Oft genug treten diese Kräfte Hand in Hand mit religiösen Bewegungen auf – seien diese katholisch, evangelikal, islamistisch, orthodox-jüdisch, hinduistisch oder buddhistisch.

In Europa treten bis dato sind Italien, Ungarn und Polen typische Beispiele für diese „autoritäre Wende“ in Erscheinung. In Schweden stützt sich eine konservative bürgerliche Regierung auf die faschistischen „Schwedendemokraten“. In Israel sind mit dem Bündnis „Religiösen Zionisten“ offen faschistische Parteien in der Regierung Netanjahu vertreten. In den USA hat die faschistisch-religiöse Rechte am 6. Jänner 2021 gezeigt, dass sie bereit ist, gewaltsam die Institutionen der bürgerlichen Demokratie anzugreifen, im Jänner 2023 haben die „Rechten“ in der Republikanischen Partei gezeigt, dass sie imstande sind, durch Obstruktionspolitik das verhasste „System“ von Innen her auszuhöhlen. Gleichzeitig sind in Brasilien Anhänger des Faschisten Jair Bolsonaro zu einem brasilianischen „Capitol-Sturm 2.0“ angetreten. Paradoxe Weise war einer der ersten, der die faschistischen Mobilisierungen in Brasilia verurteilte, der indische Premier Modi. Seine hindu-nationalistische Partei trägt faschistische Züge und ist für Pogrome gegen nationale und religiöse Minderheiten verantwortlich. Im Iran unterdrückt das klerikalfaschistische Mullah-Regime seit Monaten die nach wie vor anwachsende Protestbewegung. So wie die islamistische AKP-Regierung Erdogans in der Türkei geht das theokratische Regime in Teheran gegen die kurdischen, arabischen, azerischen Minderheiten mit militärischer Gewalt vor.

In Österreich sehen wir seit 2017, wie die bürgerlichen Parteien immer weiter in Richtung Autoritarismus gehen (ÖVP seit der „Operation Ballhausplatz“) oder sich direkt faschistischen Bewegungen wie den Identitären öffnen (die FPÖ, die gleichermaßen gute Kontakte zur US-Rechten und nach Russland ununterhält). Die in der Tradition der Christlichsozialen

der I. Republik stehende ÖVP hat auch nach 1945, dank der Flankendeckung durch den rechten Flügel der SPÖ, ihre austrofascistischen Kontinuitäten bis in die Gegenwart bewahren können. Das Beharren der Volkspartei auf den unsäglichen Dr. Dollfuss-Platz im niederösterreichischen Mank ist nur die sichtbare Spitze des Eisbergs. Weit gefährlicher waren die Versuche in der Ära Kurz, durch Ausnutzung „demokratischer Mittel“ wie Initiativanträgen im Nationalrat oder Verordnungen autoritäre Tatsachen zu schaffen und den Parlamentarismus insgesamt lächerlich zu machen.

Wem diese Politik dient, wurde dankenswerterweise offen ausgesprochen. Das ÖVP-Kabinett ist die „Hure der Reichen“. Daher die Vorstöße Richtung 12-Stunden-Tag, daher die Angriffe auf das Arbeitslosengeld und die Sozialhilfen, daher die menschenverachtende „Asylpolitik“, mit der die Türkis-Schwarzen versuchen, die FPÖ zu „überkickeln“.

Umso zynischer, wenn sich jetzt die FPÖ als „Partei für die Verteidigung der Grundrechte“ präsentiert. Tatsächlich hat die FPÖ, als Nachfolgerin des Nazi-Reservoirs „Verband der Unabhängigen“ (VdU) zur Demokratie und der sozialen Frage traditionell ein gebrochenes Verhältnis. Klar hingegen ist die Linie, wenn es um kleinkarierten Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit geht. Allein das Abstimmungsverhalten der FPÖ-Parlamentarier zeigt, dass die „soziale Heimatpartei“, entgegen ihrer Propaganda in den bürgerlichen Medien, keineswegs „die neue Arbeiterpartei“, sondern outet sich in schöner Regelmässigkeit als et klare Kapitalist*innenpartei. Nachweislich stimmte die FPÖ in den letzten Monaten für die von der Regierung eingebrachte Senkung der Gewinnsteuer für Unternehmen, gegen das Recht auf Ratenzahlungen bei Stromrechnungen, für die Erhöhung des Familienbonus auch für nicht von der Armut bedrohte Schichten, gegen das Recht auf Kinderbetreuung, und so weiter, und so fort.

Seit der Coronakrise 2021 haben Faschisten und Neonazis in der Impfgegner*innen- und Coronaleugner*innenszene ein fruchtbares Tätigkeitsfeld gefunden. In den letzten Monaten zeigt sich immer deutlicher, wie diese Szene unter dem Einfluss der Identitären und ehemaliger VAPO-Leute zu einer offenen fremdenfeindlichen, rassistischen wird. Der schwarz-türkische Innenminister und Dollfuss-Verehren Karner, dessen Partei, wie oben ausgeführt, versucht, der FPÖ in diesem Themenfeld den Rang abzulaufen, lässt „seine“ Polizei die faschistischen Aufmärsche schützen, während soziale oder Klimaproteste polizeilich angegriffen und juristisch verfolgt werden.

Ausgehend von diesen Entwicklungen gewinnt die Erinnerungskultur wie jene an die antifaschistischen Traditionen der Arbeiter*innenbewegung in Österreich an Bedeutung, müssen längstvergessene Kämpfe und Proteste dem Verges-

sen entrissen werden. .

Besonders Genoss*innen, die ihre Hoffnungen in die SPÖ setzen, sollten sorgfältig die Lehren aus der sozialdemokratischen Politik der Jahre 1927 bis 1934 ziehen. Der Versuch, das Bürgertum durch Nachgeben und Zurückweichen milde zu stimmen, endete in einer Katastrophe. Wer behauptet, mit fremdenfeindlichen Parolen Wählerstimmen von den Faschisten „zurückholen“ zu können, wie der burgenländische Landeshauptmann a la Doskozil, lügt oder ist mehr als verblendet. behaupten. Sozialdemokratische Politiker*innen, die auf solchen Pfaden unterwegs sind, vertiefen nur die Kluft zwischen Lohnabhängigen, Arbeitslosen, Jugend, Senior*innen und Migrant*innen, der Senio- und schwächen den Widerstand gegen die sich formierenden faschistischen Kräfte.

Nur eine klare antikapitalistische Politik, die zum solidarischen Handeln für eine Welt ohne Ausbeutung von Menschen und Natur! führt, wird Nationalismus und Faschismus bezwingen können. Daher rufen wir über alle Parteigrenzen auf:

ARBEITER*INNENEINHEITSFRONT GEGEN FASCHISMUS!

Für eine selbstbestimmte sozialistische Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Menschen der Maßstab für alle demokratisch getroffenen Entscheidungen sind, und die den Weg zu einer weltweiten klassenlosen Gesellschaft ebnet.

Demonstrationsaufruf des Bündnis 12. Februar

12 Februar: Tag des Aufstands gegen den Austrofaschismus

Gedenken heißt kämpfen!

Am 12. Februar 1934 schritten die konsequenten Teile der Arbeiter:innenklasse zum bewaffneten Kampf gegen den Dollfuß-Faschismus. In fast ganz Österreich stellten sich Arbeiter:innen mit der Waffe in der Hand der Errichtung der faschistischen Diktatur entgegen. Dieses bedeutende Kapitel der Geschichte der Arbeiter:innenbewegung ist nach wie vor ein Tabuthema. Tatsächlich ist dieser Kampf ein Grund stolz zu sein auf jene, die versucht haben die faschistische Welle über Europa zu brechen.

Der Aufstand, welcher entgegen den abwiegelnden Vorgaben der SP-Führung stattfand, blieb isoliert und chancenlos. Ohne Unterstützung durch einen Generalstreik und ohne Massenaktivitäten unterlagen die Februarkämpfer:innen der austrofaschistischen Front aus Polizei, Bundesheer und Heimwehren. Hunderte starben in den Kämpfen, weitere wurden nach einer standrechtlichen Verurteilung durch die austrofaschistische Justiz ermordet.

Zum ersten Mal seit der Machtübernahme der Faschisten in Italien, Deutschland und Österreich erhoben sich Arbeiter:innen von 12.-16. Februar 1934 bewaffnet gegen den Faschismus. Sie beschlossen, sich gegen die Angriffe auf ihre Rechte und Strukturen zu wehren und einen Aufstand gegen die Bedrohung durch die faschistische Diktatur zu wagen. Damit war dieser Widerstandskampf ein wichtiges Ereignis, nicht nur für Österreich, sondern für ganz Europa.

Der Tag des Aufstands gegen den Austrofaschismus ist Gelegenheit zur Aufarbeitung der antisemitischen und faschistischen Wurzeln der ÖVP, sowie der Auswirkungen des Austrofaschismus auf die heutige politische Landschaft. Dieser Feiertag soll zu einer Erinnerungskultur beitragen, die auf den österreichischen Faschismus und seine Verbrechen verweist und damit das antifaschistische Bewusstsein in der Gesellschaft stärkt. Es braucht eine breite gesellschaftliche Verankerung des positiven Bezugs zu diesem antifaschistischen Kampf!

Der 12. Februar muss als "Tag des Aufstands gegen den Austrofaschismus" ein gesetzlicher Feiertag werden!

Für uns heißt gedenken kämpfen: **Heute wie damals: Dem Faschismus entgentreten!**
Deswegen gehen wir am 12. Februar auf die Straße.

Antifaschistische Demonstration:

Sonntag, 12. Februar 2023

14.00 Uhr, Franz Jonas Platz, 1210 Wien (U6 Floridsdorf)

Wir rufen alle dazu auf, am 12. Februar rote Fahnen/Tücher des Widerstands aus den Fenstern zu hängen.

Aber den Dollfuß lassen's nicht verkommen ...

Nostalgiker des Austrofaschismus werden auch weiterhin im schönen niederösterreichischen Mank die Gelegenheit haben, am Dr. Dollfuß-Platz das Lied vom Toten, der sie anführt, zu summen. Denn entgegen einer Ankündigung des Bürgermeisters Martin Leonhardsberger (ÖVP) vom September dieses Jahres wird der seit langem umstrittene Namen des Platzes nun doch nicht geändert.

Vorangegangen war der neuerlichen Diskussion die Entfernung der Straßenschilder am Dollfuß-Platz durch den sozialdemokratischen Ex-Stadtrat Anton Hikade Mitte September. Er hatte die „erbeuteten“ Schilder an das Haus der Geschichte Österreich und das Haus der Geschichte im Museum Niederösterreich geschickt. Tatsächlich wurde dadurch wieder einmal die Diskussion um den anrühenden Namen angestoßen – gleichzeitig handelte sich Hikade auch eine Anzeige bei der Polizei durch den Manker Bürgermeister ein. So leicht lässt man sich in Niederösterreich seinen Dollfuß nicht abhängen!

Bis weit in die Boulevardpresse schlug Hikades Aktion Wellen. Sogar „Heute“ (Onlineausgabe) berichtete am 28.9: „Aufgrund der Empfehlung der beiden renommierten Museen werde ich bereits in der kommenden Gemeinderatssitzung einen Antrag auf Umbenennung einbringen“, teilte Leonhardsberger auf Anfrage mit. „Aber ach – der offiziell willige Geist der Geschichtsaufarbeitung durch die Nachfolgepartei der Christlichsozialen hielt gerade eine Woche. Denn am 5. November berichtet die Stadtgemeinde Mank auf ihrer offiziellen Website:

„Die historische Aufarbeitung rund um das Thema Dr. Dollfuß und den gleichnamigen Platz in Mank ist gestartet.

Dollfußplatz: historische Aufarbeitung startet, Name bleibt vorerst

Mit den Historikern vom Verein „MERKWÜRDIG“ aus Melk wurde die weitere Vorgangsweise rund um den Dr. Dollfußplatz vereinbart. Anstatt von Aktionismus soll gemeinsam mit dem Museum in Texing das Thema Dr. Dollfuß in Schulprojekten und mit Vorträgen und

Diskussionen mit der Bevölkerung aufgearbeitet werden. Nach einem Jahr soll ein Vorschlag für den Platznamen von den Historikern erfolgen, über den der Gemeinderat entscheidet. Für diese Vorgangsweise gab es einen einstimmigen Beschluss des Gemeinderates. Infos zu den geplanten Maßnahmen finden sich auf der Manker Homepage im Bereich Stadtfinfos - Historisches unter diesem Link:

Mit den Stimmen der ÖVP und FPÖ wurde die Wiederanbringung der Straßentafeln samt Zusatztafel, welche auf den Aufarbeitungsprozess hinweist, beschlossen. Bei der Bevölkerungsumfrage hat sich eine klare Mehrheit für die Beibehaltung des Platznamens ausgesprochen.

Als erstes Zeichen der Aufarbeitung wurden die 1933 und 1935 beschlossenen Ehrenbürgerschaften von Dr. Dollfuß, Rüdiger Starhemberg und Kurt Schuschnigg aufgehoben“

Dass die historische Aufarbeitung „gestartet“ sei, ist wohl eher ein Euphemismus. Denn die Diskussion über den Dollfuß-Platz gibt es zumindest schon seit 2012 (wenngleich dank „message control“ wenig über die Ortsgrenzen hinausdrang – obwohl der Begriff „message control“ erst später erfunden wurde).

Immerhin, ein klares Zeichen wurde gesetzt: drei Faschisten wurde Posthum die Ehrenbürgerschaft aberkannt. Erstaunlich bei der Abstimmung über die Beibehaltung des Platznamens: In der überwältigend schwarz-türkisen Gemeinde (Mandatsverteilung seit den Wahlen 2020: ÖVP 18, SPÖ 2, Grüne 2, FPÖ 1) stimmte der FPÖler für Dollfuß. Ob das der Kick war?

Offiziell verschantzt sich die ÖVP bei der Verteidigung des Namens Dr. Dollfuß-Platz dahinter, dass der so Geehrte



Kleber am Dr. Dollfuß-Platz in Mank: Kleiner Einblick in die Psyche der Dollfuß-Fans

vom Balkon des damaligen Gasthauses Mayer die ab 1928 eingeführte Pflichtversicherung für Landarbeiter verkündet hatte. Dollfuß war damals Direktor der Niederösterreichischen Landwirtschaftskammer und hatte sich gegen Widerstand in den eigenen christlichsozialen Reihen für die Bauern-Sozialversicherung und eine Arbeitslosenunterstützung für Landarbeiter eingesetzt. Der Agrarexperte Dollfuß wurde durchaus auch von politischen Gegnern geschätzt. Bekannt ist der anekdotische Bericht Bruno Kreiskys, der für seine Maturaarbeit 1929 einen Gesprächstermin bei Dollfuß als Kammerpräsident erwirkt und von diesem auf die Frage nach einer guten Darstellung der österreichischen Agrargeschichte die Antwort erhalten hatte: „Sie sind ja Sozialdemokrat; für die konzentrierteste Darstellung der österreichischen Landwirtschaft halte ich die Einleitung zum Agrarprogramm der Sozi-

aldemokraten, die Otto Bauer unter dem Titel Kampf um Wald und Weide geschrieben hat.“

Nun ist es eine Sache anzuerkennen, dass niemand als Faschist geboren wird. Zahlreiche Spitzenrepräsentanten des Faschismus haben ihre politische Tätigkeit unter ganz anderen Vorzeichen und in ganz anderen Parteien und Bewegungen begonnen: Mussolini war ein bekannter Vertreter des linken Flügels der italienischen Sozialistischen Partei; der englische Faschistenführer Mosley war Unterhausabgeordneter der Labour Party; der französische Faschist Doriot war KP-Bürgermeister im „Roten St. Denis“ und 1934 ein entschiedener Befürworter einer antifaschistischen Einheitsfront (!).

Bei der Lebensbilanz all dieser Personen ist aber wohl der entscheidende letzte Lebensabschnitt besonders zu gewichten. Die Phase, in der das Weltbild ausgeformt und ausformuliert ist, und wo es die Taten sind, an denen sie zu messen sind. Bei Dollfuß war wohl die Niederlage der Christlichsozialen im November 1930 der Knackpunkt, mit dem das offene Abgleiten vom bäuerlich-katholischen Reaktionären in den Faschismus begann.

Der Verein „MERKWÜRDIG“ in Melk hat ein Konzept mit einer Reihe von Workshops und Veranstaltungen zum Thema ausgearbeitet. Erfreulich (was sicher auch mit dem wissenschaftlichen Beirat zusammenhängt): Hier wird der Austrofaschismus unumwunden beim Namen genannt.

Das alles ändert nichts an der Tatsache: Die ÖVP (und wir meinen hier nicht nur die kleine Ortsorganisation Mank) ist nach wie vor nicht bereit, einen klaren Trennstrich zum Austrofaschismus zu ziehen. Dass es hier Kontinuitäten bis in die Gegenwart hinauf gibt, haben wir an anderer Stelle (siehe KLASSENKAMPF 45, Februar 2022) ausführlich untersucht. Umso wichtiger ist es, dass das „Bündnis 12. Februar“, dem die Gruppe KLASSENKAMPF angehört, nicht nur die Erinnerung an den bewaffneten Aufstand gegen den Austrofaschismus wachhält, sondern auch die Diskussion über den Weg in den Februar 1934 und den Charakter des Regimes auf eine breite Grundlage stellt.

Bericht von der Pressekonferenz des Bündnis 12 Februar

Am 10.11. veranstaltete das Bündnis 12. Februar in den Räumlichkeiten des „Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung“ eine Pressekonferenz um das Bündnis vorzustellen und um Ziele und Aktivitäten zu präsentieren. In Kürze werden wir Ausschnitte der Pressekonferenz als Video auf unserer Homepage zur Verfügung stellen.

Das „Bündnis 12. Februar“ hat sich mit dem Ziel gegründet, die Februarkämpfe 34 ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken und eine breite gesellschaftliche Verankerung des positiven Bezugs zu diesem antifaschistischen Arbeiter:innenaufstand zu erreichen. Wir fordern den Nationalrat auf, den 12. Februar als „Tag des Aufstands gegen den Austrofaschismus“ zu einem gesetzlichen Feiertag zu erklären und damit ein gesellschaftliches Bekenntnis zu diesem Aufstand abzulegen.

Von 12.-16. Februar 1934 erhoben sich Arbeiter:innen bewaffnet gegen die faschistische Dollfuß Diktatur. Nach wie vor ist der Aufstand der österreichischen Arbeiter:innen ein Tabuthema. Tatsächlich ist dieser Kampf ein Grund stolz zu sein auf jene, die versucht haben die faschistische Welle über Europa zu brechen.

Der Tag des Aufstands gegen den Austrofaschismus soll zu einer Erinnerungskultur beitragen, die auf den österreichischen Faschismus verweist, eine Aufarbeitung seiner Verbrechen mitsamt seine Folter- und Lagerregimes und seiner Auswirkungen auf die heutige politische Landschaft ermöglicht. Dieser Feiertag wäre eine Gelegenheit – auch im

Schulunterricht – speziell auf diese Zeit zu verweisen und ein antifaschistisches Bewusstsein in der Gesellschaft zu stärken. Der 12. Februar, der Tag des Aufstands gegen den Austrofaschismus, verdient es, im Gedächtnis der Bevölkerung Österreichs verankert zu werden.

Aus all diesen Gründen tritt das „Bündnis 12. Februar“ dafür ein, dass der 12. Februar zum gesetzlichen Feiertag erklärt wird. Nur so kann die Republik dem Gedenken an diesen Kampf gegen den Austrofaschismus gerecht werden.

Um zu zeigen, dass die Forderung nach diesem Feiertag gesellschaftliche Unterstützung findet, haben wir eine Unterstützer:innenaktion gestartet. Mittlerweile haben über 500 Personen den Aufruf unterschrieben, auch Wissenschaftler:innen, die sich mit dem Austrofaschismus oder der Geschichte der Arbeiter:innenbewegung auseinandergesetzt haben. Seit Neuestem gibt es die Möglichkeit, die Forderung mittels Online Petition zu unterstützen! (<https://www.openpetition.eu/!fxznw> oder über unserer Homepage unter „Jetzt unterschreiben!“)

Am 12. Februar 2023 werden wir eine Demonstration in Floridsdorf unter dem Motto „Gedenken heißt Kämpfen! Der 12. Februar muss ein Feiertag werden!“ abhalten. Startkundgebung: 14.00 Uhr, Franz Jonas Platz U6

Kontakt: 12februar@riseup.net

www.buendnis1202.at

<https://www.openpetition.eu/!fxznw>



Gegen das Gift der Ausländer* innenfeindlichkeit und des Nationalismus!

Viele Sprachen, viele Religionen, viele Farben – eine Klasse!

Seit Jahren ist im politischen Diskurs der westlichen Demokratien von Schlagworten einer „Festung Europa“, von „Hässlichen Bildern, ohne die es nicht gehen wird“, von „America First“ und ähnlicher Propaganda die Rede. Ein Höhepunkt der Instrumentalisierung der weltweiten Fluchtbewegungen, die im Kern auf die imperialistische Politik der als „Westen“ bezeichneten und in Wahrheit den Mechanismen des Kapitalismus gehorchenden Staaten zurückzuführen ist, wurde in Folge des Jahres 2015 erreicht, als sich Menschen in großer Zahl in Richtung europäischer Union in Bewegung setzten.

Im Laufe dieses Jahres wurde die sogenannte Flüchtlings-Krise insbesondere in Österreich wieder ins Zentrum der politischen Debatte gerückt. Hintergrund ist eindeutig, dass sich diverse politische Parteien davon das Wechseln politischen Kleingeldes am Rücken der flüchtenden Menschen versprechen.

Wir versuchen eine Analyse des Themas entlang der Überschriften *Fakten, Politik und Perspektiven* vorzunehmen.

Fakten:

Statistik:

Laut dem Mid-Year Trends Report des UNHCR beträgt die Zahl der gewaltsam vertriebenen Menschen weltweit rund 103 Millionen. Die Zahl umfasst Geflüchtete, Asylsuchende, Binnenvertriebene und andere schutzbedürftige Menschen. Verglichen mit dem Stand von Ende 2021 bedeutet diese Zahl, dass derzeit 13,6 Millionen Menschen mehr auf der Flucht sind als im Vorjahr - dies macht einen Anstieg von 15 Prozent aus.

Einer der Hauptgründe ist der imperialistisch motivierte Krieg Russlands gegen die Ukraine, alleine seit diesem Jahr

gibt es 5,4 Millionen ukrainische Geflüchtete und 6,3 Millionen Binnenvertriebene.

Darüber hinaus sind Herkunftsländer nach wie vor Syrien, Afghanistan, Irak, Jemen, Südsudan oder Nigeria.

Dazu darf man die 5,8 Millionen aus Palästina Geflüchteten unter UNRWA Mandat nicht vergessen, die aufgrund der imperialistischen Politik Israels im Zusammenspiel mit den USA ein jahrzehntelanges Leiden zu ertragen haben.

Hinsichtlich der Aufnahmeländer steht die Türkei mit 3,7 Millionen Geflüchteten an der Spitze. Darüber hinaus gehören Länder wie Pakistan oder Uganda mit jeweils 1,5 Millionen Schutzsuchenden unter den Top 5 Aufnahmeländern. Die allergrößte Zahl mit 58,7 Millionen sind immer noch die Binnenvertriebenen, die also auf ihrer Flucht die Grenzen des Ursprungslandes gar nicht überschreiten. Und zum Thema Nachbar in Not: 69% der Flüchtenden leben in einem der Nachbarländer des Herkunftslandes.

Diese Zahlen zeigen eindrücklich, dass die Überbelastung der westlichen Staaten von USA bis EU ein Propagandamärchen ist und dass die Belastung einmal mehr nicht in den imperialistischen Ausbeuterstaaten, die ja auch gleichzeitig Verursacher der Krisen sind (von der Klimakrise über die wirtschaftlichen Folgen des kapitalistischen Systems bis hin zur Kriegsindustrie der westlichen Staaten) stattfindet, sondern an der Peripherie oder weit entfernt vom westlichen Leben.

Recht:

EMRK – Sie ist ein völkerrechtlicher Vertrag, trat 1953 in Kraft und schützt die Menschenrechte und Grundfreihei-

ten aller Menschen in den Mitgliedstaaten des Europarates. Da es sich hier um einen rechtlich verbindlichen Vertrag handelt geht die EMRK auch einen Schritt über die Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948 hinaus. Denn es wurde mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) auch eine Institution geschaffen, wo jeder einzelne die Mitgliedstaaten bei Verletzung von Menschenrechten klagen kann. Das ist im Rahmen der bürgerlichen Demokratien ein zivilisatorischer Fortschritt gewesen. Österreich hat die EMRK 1958 unterzeichnet und sie 1964 in Verfassungsrang erhoben.

Inhaltlich geht es um die fundamentalsten Rechte eines Menschen, wie zum Beispiel Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit, Freiheit der Meinungsäußerung, Verbot von Folter, Diskriminierung.

Wenn nun die ÖVP die EMRK bewusst in der öffentlichen Debatte in Frage stellt und insbesondere den die Staaten kontrollierenden Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte kritisiert, offenbart das ein in einer leider unseligen Tradition stehendes autoritäres Staatsverständnis dieser christlich-sozialen Partei und lässt die traditionelle Nähe der Türkisen (Schüssel –Kurz –Nehammer) zu Viktor Orban in einem besonderen Licht erscheinen.

Dublin-Abkommen - Das Verfahren soll sicherstellen, dass jeder Asylantrag innerhalb der Europäischen Union (nur) einmal geprüft wird. Geregelt ist das Verfahren durch die europäische „Dublin-III-Verordnung“ (EU-Verordnung Nr. 640/2013), die in allen EU-Mitgliedsstaaten sowie der Schweiz, Norwegen, Liechtenstein und Island Anwendung findet.

Was hier sehr technisch und bürokratisch klingt heißt frei übersetzt folgen-

des:

Jener EU-Staat, der einen Geflüchteten die EU hat betreten lassen, ist auch für ihn verantwortlich. Die EU-Regelung schiebt damit die Verantwortung für den Schutz von Geflüchteten an EU-Randstaaten ab. Und motiviert sie, Geflüchtete möglichst effektiv abzuwehren. Oder so schlecht zu behandeln, dass sie in andere EU-Staaten weiterfliehen - die daraufhin versuchen, die Geflüchteten zurückzuschieben. Die Folge: Geflüchtete irren durch Europa und werden wie Stückgut hin- und hergeschoben. Aber das Dublin-System ist nicht allein geflüchtetenfeindlich. Die unsolidarische Regelung hat unter den EU-Staaten längst einen existenziellen Konflikt ausgelöst.

Für Kräfte, die Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu ihrer politischen Agenda gemacht haben, sind diese rechtlichen und faktischen Zustände innerhalb der EU eine willkommene Situation: man hat anschauliches Menschenmaterial, das bewusst in ghettoähnlichen Situationen gehalten wird, mit dem man Ängste in der Bevölkerung schürt und man kann gegen die Europäische Union als eine internationale Organisation polemisieren, die durch ihre Bürokratie nicht in der Lage ist Ordnung in die Geflüchtetenfrage zu bringen.

Genfer Flüchtlingskonvention - Sie ist wurde im Jahr 1951 von den Vereinten Nationen verabschiedet und definiert wer ein Geflüchteter ist, welche sozialen Rechte Geflüchteten zustehen und welcher rechtlicher Schutz ihnen zu gewähren ist. Ursprünglich für die Geflüchteten nach dem 2. Weltkrieg geschaffen, wurde aber 1967 aufgrund der globalen Fluchtbewegungen erweitert. Derzeit haben 149 Staaten eines oder beide Dokumente unterzeichnet und verpflichten sich damit Geflüchteten Schutz zu gewähren. Österreich zählt zu diesen Staaten.

Als Flüchtling gilt, wer wegen Rasse, Religion, Nationalität, wegen der politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe verfolgt wird.

Wichtigstes Recht ist, dass anerkannte Geflüchtete nicht in Land zurückgewiesen werden dürfen, in dem das Leben, die Freiheit ernsthaft bedroht wird. Darüber hinaus haben diese Geflüchteten das Recht auf Bildung, Arbeit, Bewegungsfreiheit, Zugang zu Gerichten, auf Wohnraum.

Andererseits dürfen diese Rechte Ge-

flüchteten verwehrt werden, wenn diese eine Gefahr darstellen oder ein schweres Verbrechen begangen haben – diese dürfen in das Herkunftsland zurückgeschickt werden.

Diese zuletzt genannten unbestimmten Rechtsbegriffe stellen für rechtspopulistische Parteien ein Einfallstor dar, um ihre fremdenfeindliche und rassistische Propaganda zu betreiben, nach dem Motto, dass jeder Ladendieb oder Falschparker, der Asylstatus besitzt, in sein Herkunftsland zu deportieren wäre.

Auch Karl Nehammer hat noch als Innenminister zu Zeiten der neuerlichen Machtübernahme der Taliban in Afghanistan vehement darauf gedrängt Menschen, die sich irgendeinen Rechtsverstoß gesetzt haben sollen, mit deutschen Flugzeugen nach Kabul ins islamische Mittelalter fliegen zu lassen.

Politik:

FPÖ:

Wie jede rechtspopulistische und faschistische Partei in Europa spielt die FPÖ die Geflüchtetenkarte. Dabei sind die Mannen und Frauen rund um den nicht nur körperlich sondern auch moralisch als zwerghaft zu bezeichnenden Parteiführer Herbert Kickl völlig tabulos.

Inhaltliche und organisatorische Berührungspunkte zu den Identitären scheinen strategisch gewollt zu sein. Der Versuch seit der Corona-Pandemie mit Verschwörungstheoretikern, Rechtsexperten bis hin zu offen auftretenden Holocaustleugnern und Faschisten, wie Gottfried Küssel, die Straße zu erobern ist offensichtlich.

Die FPÖ hat sich inhaltlich und strategisch so radikalisiert, wie nie in den letzten 30 Jahren. Dadurch wird ständig Druck von ganz Rechts auf die Parteien der bürgerlichen Demokratie erzeugt.

Dass diese Partei außer dem schäbigen Versuch die Massen gegen diverse Sündenböcke zu mobilisieren nichts zu bieten hat, sozusagen ein one-trick-pony ist, wird viel zu wenig thematisiert. Im Gegenteil kann nachgewiesen werden, dass die Partei des kleinen Mannes (!), wenn es um tatsächlich handfeste Politik für die Arbeiter*innenklasse geht, verlässlich auf der anderen Seite der Barri-

kade, nämlich der kapitalistischen Seite, steht.

ÖVP:

Unter Sebastian Kurz wurde seit 2017 ein populistischer Kurs gefahren, der den Freiheitlichen ihr Hauptthema, die „Ausländerfrage“, streitig machen wollte. Das brachte der sich auf christliche Werte berufenden Partei mit erkaufte Zustimmung eines großen Teils der Medien zwei Mal Erfolg an den Wahlurnen. Es war dies das alte CSU-Motto: ‚nichts rechts neben uns‘...

Nachdem der Türkise Heiland aufgrund seiner offenkundigen Korruptheit in die unendlichen Weiten des kapitalistisch-rechtsautoritären Globus entschwinden ist, stand letztlich Karl Nehammer der Partei vor. Dieser ist zwar unzweifelhaft Türkis sozialisiert, war er doch Generalsekretär und Innenminister unter Sebastian Kurz, doch versuchte er zunächst eine leise „lernende“ Absetzbewegung von den Türkisen zu versuchen.

Umfrageergebnisse und die Schlacht um das Kernland Niederösterreich haben offenbar seit Sommer 2022 zu einem Strategiewechsel geführt. Seit damals wird versucht den ein wenig lachhaft wirkenden Texingtaler (genius loci!) Karner als Innenminister zu einer autoritären Speerspitze aufzubauen.

Es hat ein bisschen etwas von der Analogie Dollfuß - Hitler und ÖVP-FPÖ. Dahinter nimmt wieder die eisige Lady Karoline Edtstadler ihre Position einer kalten Kriegerin gegen alles Gutmenschliche ein. Koordiniert wird seit kurzem die Strategie der ÖVP erneut von einem Mastermind der Kurz-Truppe, Gerald Fleischmann, der in die ÖVP Zentrale als Chef Kommunikator berufen wurde. Das politische Machtzentrum ist aber, wie seit Jahren, die tief schwarz-türkise ÖVP Niederösterreich, derzeit vertreten durch Johanna Mikl-Leitner, die sich offenbar den härteren Kurs gewünscht hat.

Inhaltlich bedeutet das, dass die ÖVP verzweifelt versucht das Spiel des Sebastian Kurz zu wiederholen und letztlich damit in einer unseligen Kontinuität zu der christlich-sozialen Partei der Zwischenkriegszeit steht, die analog zur heutigen Abgrenzung zur FPÖ damals versuchte der österreichische Weg des Faschismus in Abgrenzung zu Nazi-Deutschland zu sein.

Am Beispiel der Verhinderung des Schengen-Beitritts von Rumänien und Bulgarien sieht man, dass nicht Fakten die Grundlage der Politik sind, sondern Stimmungen und Stimmungsmache. Dabei nimmt man kurzfristig auch die Verärgerung vom Wirtschaftsflügel der Partei in Kauf.

Fundamental ist auch die Infragestellung der EMRK, wo zwar nicht genau gesagt wird, was geändert werden sollte, aber irgendetwas mit zu liberaler Rechtssprechung zur Menschenrechtskonvention medial verbreitet und damit eine illiberale Duftnote gesetzt wird. Dass damit die Werte der bürgerlichen Demokratie nach westlichem Vorbild aufs Spiel gesetzt werden, erkennt bloß ein hilfloser Othmar Karas in Brüssel.

Ansonsten ist die ÖVP klar auf Kurs, die FPÖ zu überkicken!

SPÖ:

Die österreichische Sozialdemokratie ist seit den 1990er Jahren in der Frage des Umgangs mit Geflüchteten, Zuwanderung, Asyl, landläufig als Ausländertema bezeichnet, eine zerrissene Partei.

Man versuchte damals mit Figuren wie den Innenministern Franz Löschnak oder Karl Schlögl nach rechts zur Haider-FPÖ abzudecken, dazwischen gab es mit Caspar Einem den kurzfristigen Versuch eine offenere Ausländerpolitik zu betreiben.

Daneben gab es die Gewerkschaftsbürokratie, die versuchte mit restriktiven Zuwanderungsgesetzen bzw Arbeitserlaubnissen für ausländische Werk tätige, eine verunsicherte Arbeiterschaft zu befrieden.

Diese schwankende Linie zieht sich über die folgenden Jahrzehnte bis heute und findet ihre Verkörperung in der derzeitigen Parteivorsitzenden Pamela Rendi-Wagner, deren Position in der aktuellen Schengen-Frage bezeichnend ist, nämlich grundlegend mit den medialen Wölfen zu heulen und den Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum jetzigen Zeitpunkt abzulehnen und trotzdem die ÖVP für ihre Haltung zu kritisieren.

Dabei ist sie innerparteilich eine ebenso Getriebene durch den burgenländischen Rechtsverbinder Hans-Peter Doskozil wie die ÖVP von der FPÖ getrieben wird. Doskozil orientiert sich in dieser Frage an populistisch agierenden Sozialdemokratien, wie der dänischen,

und am gesunden Volksempfinden seiner pannonischen Gemeindevertreter. Mit medialem Rückenwind und heiserer Stimme stellt er hartnäckig ziemlich unverhohlen den Führungsanspruch in der SPÖ.

Auf der anderen Seite stehen Protagonisten, wie Andreas Babler als Bürgermeister der „Flüchtlingsgemeinde“ Traiskirchen, der dort zeigt, dass man mit klarer Ablehnung jeder rechtspopulistischen Agitation gegen Ausländer*innen und Geflüchtete Wahlen überzeugend gewinnen kann. Ein beträchtlicher Teil der Parteijugend und der fortgeschritteneren Kräfte in der SPÖ sehen sich in diesen Positionen besser vertreten als durch PRW oder HPD und stellen somit den anderen Flügel der Partei dar. Das parteiinterne Schwergewicht Michael Ludwig sendet unterschiedliche Signale, wie zum Beispiel mit Vorstößen zu einem liberaleren Staatsbürgerschaftsrecht, hat aber seine Wahl zum Wiener Parteivorsitzenden einer konservativen Mehrheit von Bezirkskaisern zu verdanken.

Nach wie vor ist es aber so, dass der Gewerkschaftsflügel in der Partei eine besonders ambivalente Rolle einnimmt: mit Ausnahme von einigen Gewerkschaftsgruppierungen, die dissidente Positionen einnehmen, bleibt die Gewerkschaftsbürokratie eine bewahrende Kraft und lehnt die Erweiterung ihrer potentiellen Machtpositionen durch Integration der gesamten im Lande befindlichen Arbeiter*innenklasse tendenziell ab.

NEOS:

Diese Partei versucht seit ihrer Gründung bestimmte Schichten von ÖVP-Wähler*innen anzusprechen, indem sie zum einen den früheren Schlüssel-Spruch `mehr privat, weniger Staat` trommelt, aber andererseits die bürgerlich liberalen Grundwerte zu verkörpern. Das bedeutet in der Asyl und Geflüchteten thematik rechtsstaatliche Positionen entlang der in der Verfassung verankerten Menschenrechten zu vertreten.

Doch auch in dieser Gruppierung scheint der Druck, der vom Gebell der rechten Köter ausgeht Wirkung zu zeigen, nachdem die Parteichefin Beate Meinel-Reisinger im Herbst am NEOS-Parteitag eine restriktivere Haltung zum

Thema Ausländer*innen propagierte und im November in mehreren Interviews verkündete, dass Österreich sich keine „offenen Türen“ mehr leisten könne.

GRÜNE:

Die Regierungspartei hat jeden Anstand an der Garderobe der Macht abgegeben und bereits im Koalitionsabkommen 2019/20 mit dem Balkanrouten-Schließer Sebastian Kurz der ÖVP einen koalitionsfreien Raum eingeräumt, wenn es um menschenverachtende Politik in Sachen Geflüchteten geht.

Daher ist es wenig überraschend, dass die Partei um Sigrid Maurer und Werner Kogler, wie schon bei den Korruptionsskandalen um die ÖVP oder bei den rechtswidrigen Abschiebungen von Jugendlichen im Jahr 2020, still halten wird, auch wenn jetzt der Schengen-Ableitung von Innenminister Karner stattgefunden hat.

Überraschend daran ist in Wirklichkeit weniger das Verhalten der Spitzenfunktionär*innen der GRÜNEN als die offenbar vollkommene Trockenlegung von basisdemokratischen Strukturen in der Partei.

Es herrscht Friedhofstille im Grünen Biotop!

Perspektive:

Perspektive heißt letztlich nach hinten und nach vorne zu schauen und daher reden wir zunächst über ein paar Fakten zur sozialistischen Tradition im Hinblick auf den Umgang mit Migrant*innen, um dann nach vorne zu schauen:

„Abschaffung aller Beschränkungen, welche bestimmte Nationalitäten oder Rassen vom Aufenthalt in einem Lande und den sozialen, politischen und ökonomischen Rechten der Einheimischen ausschließen oder sie ihnen erschweren, weitgehendste Erleichterung der Naturalisation.“

Dies war eine der beschlossenen Resolutionen des Internationalen Sozialistenkongress des Jahres 1907 in Stuttgart, das war vor 115 Jahren und zeigt welchen fortschrittlichen Charakter die damalige Bewegung hatte.

Karl Liebknecht forderte im selben Jahr vor der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, dass das „Damoklesschwert der Ausweisung“ von den Ausländern weggenommen werden müs-

se, weil diese in ihrer prekären Situation immer als Lohndrücker und Streikbrecher prädestiniert wären.

Lenin schrieb 1913: „...nur Reaktionäre können vor der fortschrittlichen Bedeutung dieser Völkerwanderung die Augen verschließen.“

Die Bolschewiki, die im Oktober 1917 in Russland die Macht ergriffen, hatten in der Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderierten Sowjetrepublik folgende Bestimmung:

„Ausgehend von der Solidarität der Werktätigen aller Nationen, gewährt die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik den Ausländern, die auf dem Territorium der Russischen Republik wohnen und einer Beschäftigung nachgehen, die zur Arbeiterklasse oder zu der keine fremde Arbeit ausnutzenden Bauernschaft gehören, alle politischen Rechte der russischen Bürger und ermächtigt die örtlichen Sowjets, solchen Ausländern ohne jegliche erschwerende Formalitäten die Rechte der russischen Staatsbürgerschaft zu verleihen.“

Das ist die vollkommene rechtliche und politische Gleichstellung von Menschen, die einer Klasse angehören und auf einem bestimmten Territorium leben!

Es ist zu beobachten, dass Parteien der Sozialdemokratie oder auch andere reformistische Kräfte in Fragen der Zuwanderung und Migration damit argumentieren, dass `offene Grenzen` oder `keine Einwanderungskontrollen` große Teile der Arbeiter*innenschaft abschrecken würden, weil diese in den Mi-

grant*innen eine Bedrohung für Arbeitsplätze, Löhne und Lebensbedingungen sehen.

Das ist in Wahrheit das Argumentarium der bürgerlichen Medien und der bürgerlichen Parteien, die damit die Arbeiter*innenklasse spalten.

Sozialist*innen müssten dieser bürgerlichen Propaganda die Forderung entgegenzusetzen, dass wir einen vereinten Kampf aller Arbeiter*innen brauchen, mit oder ohne Papiere, Gewerkschaften, die alle Arbeiter*innen organisieren, unabhängig von der Herkunft.

Das bedeutet also sich nicht an vorgeblich vorhandene Stimmungslagen in der Bevölkerung anzupassen, sondern fortschrittlich Positionen einzunehmen, die objektiv richtig und notwendig sind.

Leo Trotzki argumentierte, dass das marxistische Programm nicht ein Spiegelbild der „Haltung der Mehrheit der Arbeiter*innenklasse“ sei, sondern die Lehre aus den letzten 200 Jahren der Kämpfe der Arbeiter*innen und schrieb dazu:

„Wir haben oftmals wiederholt, dass der wissenschaftliche Charakter unserer Aktivität in der Tatsache besteht, dass wir unser Programm nicht an die politische Konjunktur und an das Denken oder die Stimmung der Massen, wie diese Stimmung heute ist, angepasst haben, sondern wir haben das Programm der objektiven Lage angepasst, wie sie von der ökonomischen Klassenstruktur der Gesellschaft repräsentiert wird. Die Mentalität kann rückständig sein; dann ist es

die politische Aufgabe der Partei, die Mentalität in Übereinstimmung mit den objektiven Tatsachen zu bringen, den Arbeitern die objektiven Aufgaben verständlich zu machen. Aber wir können das Programm nicht der rückständigen Mentalität der Arbeiter anpassen, die Mentalität, die Stimmung ist ein sekundärer Faktor – der primäre Faktor ist die objektive Lage.“

Trotzki prangerte im Zusammenhang mit Südafrika 1933 an, dass es das größte Verbrechen von Revolutionär*innen wäre, nur das kleinste Zugeständnis an Privilegien und Vorurteile weißer Arbeiter*innen zu machen. Wer dem Chauvinismus nur den kleinen Finger gäbe, wäre verloren, sagt er.

In diesem Lichte sind alle politischen Vorstöße eines Hans Peter Doskozil und Konsorten in Richtung eines Verständnisses für die Sorgen der Menschen vor Zuwanderung Gift für eine solidarische Arbeiter*innenklasse, die geeint im Kampf gegen das Kapital antreten möchte.

Es ist leicht zu erkennen, dass Kapitalist*innen und ihre Staaten die Frage der Migration nutzen, um die Arbeiter*innen zu spalten und die Ausbeutungsrate zu erhöhen. Die bürgerlichen politischen Parteien in Österreich spielen in dieser Situation brav ihre vorgegebenen Rollen.

Die Arbeiter*innenklasse hingegen hat kein Interesse ihre Klassengeschwister aus anderen Ländern auszugrenzen, sondern muss diese als natürliche Verbündete im Klassenkampf sehen.

Neue Broschüre der GKK: Eine biografische Skizze von Georg Weissel



Georg Weissel (* 28. März 1899 in Wien bis 15. Februar 1934), Kommandant der Feuerwache in Floridsdorf und Führer einer Schutzbrigade, bekämpfte am 13. Februar 1934 mit seinen Kollegen und Genossen die Polizei des austrofaschistischen Regimes. Nach seiner Verhaftung wurde er von einem Standgericht zum Tode verurteilt und im Wiener Landesgericht II gehängt. Er verkörpert durch seine persönliche Integrität, seinen Wissensdurst, sein Verantwortungsbewusstsein und seinen Mut all jene Eigenschaften, die einen klassenbewussten Arbeiter auszeichnen.

In diesem Sinne ist für uns revolutionäre internationalistische Marxist*innen Georg Weissel einer der unseren. Für ihn gilt, was wir als Teil des „Bündnis 12. Februar“ vertreten: Gedenken heißt kämpfen! Für die Welt, für die auch Georg Weissel bis zuletzt gekämpft hat.

24 Seiten / 3,-- Euro

Italien:

Ein reaktionärer Block an der Macht

Der vom bürgerlichen Lager gefeierte Sieger der italienischen Parlamentswahlen (25. September 2022) sind die in den Medien gern „postfaschistisch“ genannten Fratelli d'Italia („Brüder Italiens“ Fdi, eine Anspielung auf den Text der italienischen Hymne) mit rund 26% der Stimmen. Mit Abstand gefolgt von der reaktionären Lega des Ex-Innenministers Matteo Salvini (8,7%) und der Forza Italia der Polit-Mumie Silvio Berlusconi. Damit konnten die reaktionären Parteien zwar ihren Stimmenanteil gegenüber den Wahlen 2018 um rund 5% erhöhen, sind aber vom angekündigten Erdrutschsieg weit entfernt, zumal die Wahlbeteiligung um knapp 10 % gestiegen und besonders in proletarischen Stadtvierteln und Regionen erkennbar hoch war.

Die neue Premierministerin Giorgia Meloni ist typisch für das „Postfaschistische“ der Fdi: ihre politischen Wurzeln liegen in der 1946 gegründeten MSI, der Nachfolgepartei der Faschistischen Partei Mussolinis. Sie begann ihre Karriere als Vorsitzende der MSI-Jugendorganisation. Unter Berlusconi wurde sie 2008 auf dem Ticket der MSI-Nachfolgerin Alleanza Nazionale (Nationale Allianz - AN) Ministerin. Obwohl sie offiziell abstreitet Faschistin zu sein, bewertet sie Mussolinis Diktatur positiv und hat die „trikolore Flamme“, das alte Symbol der MSI, ins Parteilogo der Fratelli aufnehmen lassen.

Zugleich hat sie das reaktionäre ideologische Fundament der Partei um die in der katholischen Moraltheologie verwurzelten Dogmen erweitert, als da wäre der für Kampf gegen Homosexuelle, Abtreibung und den „Genderwahnsinn“. Ihre Verbalattacken gegen „Masseneinwanderung“ und die Ignoranz der Covid-Pandemie scheinen den Flugblättern der neofaschistischen Casa-Pound-Bewegung (den Vorbildern der hiesigen Identitären) entsprungen.

Der „unauffällige“ Parteiideologe Giovanbattista Fazzolari, der Verfasser des Fdi-Programms, stammt ebenso wie Meloni aus der Jugendfront der MSI. Mit einem eindeutigen faschistischen Bekenntnis glänzt auch der neue Senatspräsident, Fdi-Mitbegründer Ignazio Benito LaRussa, dessen heimische Mussolini-Büsten und Statements als eindeutige Botschaften zu werten sind.

Noch bis 2022 lehnte die Fdi-Führung aus parteistrategischen Gründen konse-

quent jede Regierungsbeteiligung ab. Es war das Debakel ihrer Vorläuferpartei AN, die dafür abgestraft wurde, dass sie die Politik Berlusconis mitgetragen hatte und sich der ehemalige Führer Gianfranco Fini, um als ministeriabel zu gelten, vom „absoluten Bösen“ des Faschismus distanziert hatte. Aus diesem Mythos der „einzigen und konsequentesten Opposition“ rekrutierte sich der Stimmengewinn bei der letzten Parlamentswahl.

«**Es heisst, in Europa sei man ein bisschen besorgt wegen der Meloni. Was wohl mit der geschehen werde? Was passieren wird: Der Spass ist vorbei! Auch Italien wird anfangen, seine nationalen Interessen zu verteidigen. So wie es die anderen machen auf der Suche nach gemeinsamen Lösungen.»**

Giorgia Meloni, 11.9.2022

Vor ihrer Regierungserklärung am 25. Oktober hatte Giorgia Meloni kräftig Kreide geschluckt. Immerhin musste sie den Spagat, nämlich in Grundzügen die Wirtschafts- und Außenpolitikpolitik der Vorgängerregierung Draghi fortzusetzen und zugleich in der Migrationsfrage die reaktionäre Wähler*innenbasis zu befrieden, schaffen. Offenkundig lieferte die in Aussicht gestellte EU-Hilfe von rund 200 Milliarden Euro genügend Motivation, da sich die angeschlagene italienische Wirtschaftslage ohne diese Finanzspritzen noch weiter verschlechtern wird. Die Staatsverschuldung liegt

bei über 150 % des Bruttoinlandsprodukts, was Italien nach Griechenland zum höchstverschuldeten Land der Eurozone macht. Die Zinsen für 10-jährige Staatsanleihen liegen bei über 4 %, gegenüber 1,3 % zu Jahresbeginn. Die Inflation erreichte im Jahresvergleich 12% (13% für Lebensmittel), die Arbeitslosenquote lag bei 8% und der IWF rechnet für 2023 mit einer Rezession.

Finanzminister Giancarlo Giorgetti (Lega) hatte die undankbare Aufgabe, die Verantwortung für die reihenweise gebrochenen Wahlversprechen des reaktionären Bürgerblocks zu übernehmen. Berlusconi etwa kündigte eine Verdoppelung der Mindestrenten von derzeit knapp 500 Euro an, der gleiche Betrag sollte an die „Mamme“ (Mütter) ausbezahlt werden. Gestrichen. Salvini, der Parteichef Giorgettis, hatte eine Steuer-Flat-Tax von 15% und eine neuerliche Steueramnestie für säumige oder zahlungsunwillige Kapitalist*innen angekün-

dig – in diesem Ausmaß gestrichen.

Gespart wird dafür aber beim erst 2019 von der populistischen 5-Sterne-Bewegung eingeführte Bürgergeld – 780,- EUR monatlich für bedürftige Einzelpersonen. Der Bezug soll für Menschen bis 59 im kommenden Jahr nur noch 8 Monate möglich sein, ab 2024 wird das Bürgergeld insgesamt gestrichen. Schon vorher sollen Italiener*innen, die von den Behörden als „zumutbar“ eingeschätzte Arbeitsplätze ablehnen, vom Bürgergeld ausgeschlossen werden.

Die gesetzten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der reaktionären Koalition

bedienen die Interessen der klein- und großbürgerlichen Klientel:

- eine Steuersenkung um 5%,
- Steuerstundungen für KMU
- Steuerbefreiung von drei Jahren für neugegründete Unternehmen
- drohende drastische Kürzungen der Sozialhilfen.

Um nicht in die „Orbàn-Falle“ zu tappen gab sich Meloni bewusst demokratisch und erklärte, weder die Abtreibung noch die Rechte der Homosexuellen antasten zu wollen. Und auf der feministischen Klaviatur ertönte, dass es ihr gelungen sein, die „gläserne Decke“ zu durchbrechen und als Frau für das Wohl „der Nation“ zu stehen. Widersprüchlich, da : *„Italiens neue Regierungschefin Giorgia Meloni darauf besteht, ‚Ministerpräsident‘ genannt zu werden. Auf Italienisch: ‚il presidente del consiglio dei ministri‘ (der Präsident des Ministerrates), nicht ‚la presidente‘ – obwohl die männliche und weibliche Form des Wortes ‚presidente‘ im Italienischen identisch sind. Oder gerade deswegen“* (Der Standard, 25.10.22).

Außenpolitisch bekannte sich Meloni im Namen der neuen Regierung (in der es noch vor der Bekanntgabe der Ministernamen ein fröhliches Gerangel um Positionen gegeben hatte) zur Atlantischen Allianz. Besorgt reagierten die reformistischen bürgerlichen und aus der Arbeiter*innenbewegung hervorgegangenen

Parteien zu Recht auf die Absichtserklärung der Premierministerin, die Verfassung in Richtung eines präsidialrepublikanischen Systems nach französischem Muster umzumodeln. Dadurch würde das Wahlsystem, das ohnehin den reaktionären Parteien eine überproportionale Vertretung in beiden parlamentarischen Kammern sichert, einen weiteren Ruck Richtung Einschränkung demokratischer Entscheidungen machen.

Spätestens am 31. Oktober 2022 ging die Koalition zur Tagesordnung über: Laut Dekret sind nun nicht angemeldete Raves verboten, können Organisatoren mit bis zu sechs Haftjahren bestraft werden, während die Teilnehmer*innen zu Geldstrafen zwischen 1.000 und 10.000 Euro herangezogen werden. Auslöser war ein illegaler Rave in Modena. Hervorzuheben ist, dass das Dekret noch viel weitergehende Implikationen beinhaltet: Mit den drakonischen Strafen für das „Eindringen von mehr als 50 Personen auf Grundstücke und in Gebäude“ zielt der Erlass weniger auf spontan feiernde Jugendliche ab, sondern vielmehr auf spontane Proteste sowie Haus- und Betriebsbesetzungen.

Auch in der Geflüchtetenfrage hat Meloni ihre biedere Maske schnell fallen lassen: Als es um Hilfe für drei Flüchtlingsschiffe ging, kündigte Innenminister Matteo Piantedosi (FdI) Anfang No-

vember in der Presse an, dass er sich weigern werde, die Häfen für die auf See gestrandeten Überlebenden zu öffnen.

Unverblümt steht die Regierung zum Nationalismus (Italy first). Meloni erklärte der internationalen Presse gegenüber, sie wolle „das nationale Interesse durchsetzen, wie es Frankreich und Deutschland tun“. Protektionistische Maßnahmen wie die Ausweitung der Schutzmaßnahmen für "strategische" Unternehmen werden vom eher bizarren „*Ministerium für Made in Italy*“ flankiert. So sind ausländische Beteiligungen von mehr als 5 % des Kapitals eines italienischen Unternehmens durch einen ausländischen Investor genehmigungspflichtig. Die Forderung nach einer europaweiten Deckelung des Gaspreises und die Schaffung eines Solidaritätsfonds, von dem die italienische Wirtschaft profitieren soll, passen in dieses Bild.

Auf italienische Lohnabhängige, Arbeitslose, Jugendliche, Migrant*innen und Pensionist*innen kommen harte Zeiten zu. Die aus der früheren organisierten italienischen Arbeiter*innenbewegung hervorgegangenen Parteien, Gewerkschaften und Organisationen werden sich auf die Angriffe durch die Regierung vorbereiten müssen. Nur die einheitliche Antwort der Arbeiter*innen wird die reaktionären Pläne der Meloni-Regierung verhindern können.

Das CoReP und seine Sektionen im Internet www.revolucionpermanente.com

Die Gruppe KLASSENKAMPF im Internet:

www.klassenkampf.net

Kontakt: gruppeklassenkampf@tutanota.com

Gruppe Marxiste Internationaliste

<https://groupemarxiste.info/>

Internadema Kolektivista Cirklo

<https://www.ikirklo.org/>



Patronsuz Dünya

<https://www.patronsuzdunya.com/>

COP27: Zynisch und dumm

Der Klimagipfel in Scharm-el-Scheik (COP27) hat einmal mehr offenbart, dass das herrschende Wirtschaftssystem mit seiner Produktionsweise weiterhin zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen aller Erdbewohner bis hin zur Unbewohnbarkeit von Regionen führen wird. Die Produktivkräfte sind längst zu Destruktivkräften geworden. Gönnerhaft haben die Teilnehmerländer Schadenersatzleistungen – ohne konkrete Details – für arme Länder beschlossen.

Das ist ein absurder Versuch der Kapitalistenvertreter suggerieren zu wollen, dass mit Geld alle durch ihre Produktionsweise verursachten Schäden repariert werden können.

Der Gipfel ging am 20. November in Sharm El-Sheikh in Ägypten zu Ende. Rund 35.000 Teilnehmer*innen diskutierten offiziell darüber, wie derzeit der Temperaturanstieg durch den Treibhauseffekt auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen sei, gerechnet vom Beginn der Industrialisierung bis zum Jahr 2100 (Basis ist der Mittelwert der Jahre 1850 bis 1900). Diese Zielvorgabe freilich ist nicht sehr originell: Auf der 21. UN-Klimakonferenz 2015 (COP21) hatte sich ein Großteil der Regierungen der anwesenden Staaten verpflichtet, Anstrengungen zum Erreichen des 1,5-Grad-Ziels zu unternehmen (Pariser Klimaabkommen).

Positiv: Die Zahl der Privatjets der Anreisenden (400) war genauso groß wie beim Gipfel in Glasgow 2021. Negativ: gegenüber Glasgow nahm die Zahl der Lobbyisten der Öl-, Kohle- und Gasindustrie um 25% auf 636 zu.

„Die NGOs [diverse Umweltorganisationen] kritisierten, obwohl die Weltklimakonferenz in Ägypten auch als Afrika-COP bezeichnet werde, sei die Zahl der Lobbyisten für Öl, Gas und Kohle größer als jede einzelne Delegation aus Afrika. Außerdem seien sie zahlreicher als die Vertreter der zehn am stärksten vom Klimawandel betroffenen Länder zusammengenommen. Aktivisten aus dem globalen Süden, der am stärksten unter der Erderhitzung leidet, seien bei der COP27 wegen Visa-Problemen, Repressionen der ägyptischen Behörden und hoher Reisekosten hingegen unterrepräsentiert.“ (Stern, t.ly/k72b)

Tatsächlich bedeutet COP27 nicht nur Stillstand, sondern Rückschritt. Speerspitzen des Angriffs auf den im Pariser Klimaabkommen festgeschriebenen Sperrmechanismus (progressive jährliche Steigerung der Maßnahmen zur Senkung der CO₂-Emissionen) waren die wichtigsten erdölproduzierenden Staaten unter Führung Saudi Arabiens und Russlands. Zwar konnte die „Sperrklinke“ beibehalten werden, das COP26-Ziel aber, wonach die weltweiten Emissionen bis 2025 ihren Höchststand erreichen und bis 2030 halbiert werden sollen, um den Temperaturanstieg auf 1,5 °C zu begrenzen, wurde gekippt.

Beim COP26 in Glasgow hatten sich die Teilnehmer*innen noch auf eine Reduktion der Kohlenutzung geeinigt (ein völliger Ausstieg scheiterte am Widerstand Chinas und Indiens). Auch nach zähen nächtelangen Verhandlungen war es in Scharm-el-Scheik nicht möglich, dieses gelinde Ziel auf alle fossilen Stoffe auszuweiten – das diesmal übrigens von Indien vorgetragen wurde. Stattdessen wurde am Ende der Beschluss zur Förderung „emissionsarmer Energien“ als großer Erfolg gefeiert. Hier wird ideologisches „greenwashing“ in Reinkultur betrieben. Denn „emissionsarme Energien“ können sowohl Windkraftanlagen oder AKW sein; selbst neuerrichtete Kohlekraftwerke mit CO₂-Sequestrierung (Wikipedia t.ly/uY-0) würden in diese Kategorie passen.

Auch die „loss and damage“-Regelung ist reine Augenauswischerei:

„So ist beim in der ägyptischen Ferienhochburg beschlossenen Loss-and-Damage-Fonds, mit dem armen Ländern bei der Bewältigung von Klimaschäden geholfen werden soll, weder klar, wie hoch die Dotierung ist, noch welche Staaten

ihn befüllen sollen. Das alles soll erst beim nächsten Weltklimagipfel im kommenden Jahr in Dubai entschieden werden.“ (Wiener Zeitung, 22.11.2022)

Nur scheinbar erstaunlich ist der Schwenk der US-Regierungspolitik in dieser Frage: Seit Jahrzehnten hatte sich der geschäftsführende Ausschuss der US-Imperialist*innen aka „Regierung der USA“ gegen einen solchen Fonds gewehrt. Nun verspricht Joe Biden eine Dotierung mit 11 Milliarden US-Dollar (wobei diese fraglich ist, da sie von der Zustimmung des von der Republikanischen Partei dominierten Repräsentantenhauses abhängig ist).

Dieser Kurswechsel ist im Zusammenhang mit den Bemühungen der EU-Delegationen zu sehen, jenen Ländern, die 1992 bei der Unterzeichnung des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen als Entwicklungsländer eingestuft wurden - und damit keine Verpflichtungen haben, etwas gegen die Emissionen zu unternehmen oder Mittel zur Unterstützung anderer bereitzustellen - als potenzielle Geber betrachtet werden. Das heißt: niemand weiß, wer Geber und wer Nehmer sein wird. Aber potenziell können damit aufstrebende kapitalistische Länder im „globalen Süden“ von den „alten“ Imperialisten massiv angegriffen werden.

Für den US-Imperialismus geht es darum, China auch an der Klimafront unter Druck zu setzen. Da ist die Rede von „Kohlesteuern“ und „Emissionszöllen“. Die amerikanischen Medien haben systematisch daran gearbeitet, China, gemeinsam mit Russland, als die „Umweltschurken“ schlechthin zu porträtieren. Sie bereiten damit den Boden für eine Verschärfung des Wirtschaftskriegs gegen den chinesischen Imperialismus.

Das Schicksal von Hunderten Millionen Menschen wird kurzfristig durch die globale Erwärmung bestimmt, die bereits angerichteten Schäden sind enorm, und die Führer der kapitalistischen Welt

schwätzen und schieben die Verantwortung ab, während sie die Katastrophe sehr wohl kommen sehen.

Weltweit haben Wissenschaftler*innen Modelle entwickelt, wie der Klimawandel, so er denn nicht wirksam bekämpft wird, das Leben auf unserem Planeten verändern wird (z.B. australische Prognosen t.ly/-Kd6). Bis 2050 könnte sich der Meeresspiegel um einen halben Meter erhöhen; 35% der Landmasse und 55% der Weltbevölkerung wären 20 Tage im Jahre lebensbedrohlicher Hitze ausgesetzt; Teile Asiens würden vollständig überflutet; der Weizengürtel der USA würde verwüstet; über eine Milliarde Menschen würden zu Klima-Migrant*innen.

Wohlgemerkt – all das sind keine „wissenschaftlichen Prognosen“, die sind auch kaum berechenbar. Die Tendenz ist aber in allen einschlägigen Untersuchungen gleich: Die Menschheit nähert sich einem „point of no return“. Schon 1848 haben die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx und Friedrich Engels, in ihrem „Manifest der Kommunistischen Partei“ bei der Darstellung des Klassenkampfes in der Geschichte der Menschheit konstatiert:

Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, kurz, Unterdrücker und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämp-

fenden Klassen.

Die Aufrechterhaltung des Kapitalismus in seinem verrottenden Stadium des Imperialismus ist organisch unvereinbar mit der Aufrechterhaltung eines für alle bewohnbaren Planeten. Die in Scharm-elscheik, aber auch in den Foren der meisten „Umweltschützer*innen“ diskutierten „Lösungsansätze“ sind ungenügend oder absurd. Das liegt daran, dass sie nicht bereit sind, Konzepte außerhalb der kapitalistischen Profitlogik mit all ihren Begleiterscheinungen zu entwickeln.

Alle bürgerlichen Konzepte zur „Eindämmung“ der Klimakrise gehen von der gleichen Prämisse aus: Die (kapitalistische) Wirtschaft muss wachsen, und zwar unabhängig von den realen Bedürfnissen der Menschen, sondern im Einklang mit dem „Heißhunger des Kapitals nach Mehrwert“ (Marx). Neben den Unsummen, die Tag für Tag in die Produktion von gesellschaftlich unnötigem Schrott hineingepulvert wird, werden enorme Investitionen getätigt, um der arbeitenden Bevölkerung Waren schmackhaft zu machen, die weder notwendig noch sozial wünschenswert sind. Immer noch wird z.B. die Zahl der verkauften Autos zu einer Kennzahl der Wirtschaftsentwicklung erklärt, obwohl der Individualverkehr in seiner Gesamtheit katastrophal für die Natur und das Zusammenleben der Menschen ist. Gemeint ist hier nicht nur die Belastung der Luft mit Abgasen und Feinstaub, in diese Bilanz einzupreisen sind die enormen Energiemengen, die für die Produktion der einzelnen Komponenten von PKW notwendig sind.

Die Naturzerstörung kann nur gestoppt werden, wenn wir das kapitalistische System zerstören. Die Schäden am Planeten Erde, die das Profitsystem anrichtet, werden von Tag zu Tag schlimmer. Es wird die Aufgabe der revolutionären sozialistischen Umwälzung sein, diesen Prozess zu beenden. Schon jetzt können wir beginnen, die Widersinnigkeiten der kapitalistischen Überproduktion genau zu registrieren und ihre Konsequenzen zu analysieren. Nur eine weltweit demokratisch geplante Wirtschaft wird die mörderische „Wachstumslogik“ durchbrechen und die Ressourcen freisetzen können, die zur Reparatur der vom Kapitalismus angerichteten Schäden nötig sind, soweit das möglich ist. „Wohin das führt, hat man in der UdSSR und in Osteuropa gesehen!“, werfen einfache Gemüter vermutlich ein. Nein, die bürokratische Planwirtschaft der Stalinist*innen hat nichts mit einer sozialistischen Planwirtschaft gemein. In letzterer werden die in Komitees und Räten, also demokratisch gewählten Organen der Selbstermächtigung, zusammengeschlossenen Werk tätigen auf der Grundlage der Erhebung der wirklichen Lebensbedürfnisse der Menschen die Wirtschaft organisieren. Heutzutage greift jeder größere kapitalistische Konzern intern auf Plan-Mechanismen zurück – was die bürgerlichen Ideologen verteufeln, praktizieren ihre Wirtschaftslenker.

Es lohnt sich durchaus, an der Vision einer solchen letzten Endes klassenlosen Gesellschaft zu arbeiten. Sie ist die einzige Zukunft, die die Menschheit haben kann – die Alternative zum Sturz in die Barbarei und ihre Vernichtung.

Les marxistes
et l'écologie



2021

Die Marxisten und die Ökologie

Mit rasanter Geschwindigkeit treibt der verfallende Kapitalismus die Menschheit durch die von Profitgier befeuerte Naturzerstörung auf die Barbarei zu. Der „Eintrittspreis“ in eine sozialistische Gesellschaft wird damit immer höher. Wie positionieren sich Marxist*innen in dieser Frage, woran kranken die (klein)bürgerlichen Antworten auf diese Probleme?

Die Broschüre kann auf Französisch mittels des QR-Codes heruntergeladen werden. Eine Übersetzung ist in Vorbereitung!





Erklärung des CoReP

Nieder mit den türkischen Militärangriffen gegen die Kurd*innen!

Am 19. November ließ Erdogan seine Luftwaffe aufsteigen, um mehrere kurdische Gebiete im Norden Syriens, in den Provinzen Aleppo und Hassake, zu bombardieren, insbesondere die Stadt Kobane, die das Symbol des erfolgreichen Widerstands der Kurden gegen die Barbarei des Islamischen Staates war. Seitdem beschießt die türkische Artillerie das Gebiet, um eine Bodenoffensive vorzubereiten.

Zum Vorwand nahm der Mächtegern-Autokrat Erdogan den Anschlag in Istanbul am 13. November, den er sofort den kurdischen Organisationen PKK und YPG zuschrieb. Diese, die üblicherweise keine Anschläge auf Zivilisten durchführen, wiesen umgehend jegliche Beteiligung an dem Anschlag zurück. Aber das war Erdogan egal, da er schon lange nach einem Vorwand für eine erneute militärische Intervention gegen die Kurd*innen in Syrien gesucht hatte. Bereits am 26. Mai kündigte er seine Absicht an, seine Armee zu entsenden, um den gesamten nördlichen Teil Syriens auf einer Länge von über 400 km und einer Breite von 30 km zu kontrollieren und die dort ansässigen Kurd*innen zu vertreiben. Die türkische Armee hat bereits in den Jahren 2016, 2017, 2018, 2019 und 2020 gegen die Kurd*innen in Syrien interveniert. Im Jahr 2019 startete die türkische Armee in enger Absprache mit den USA, die ihre Truppen abzogen, mit Unterstützung ihrer islamistischen Stellvertreter der Syrischen Nationalen Armee eine Offensive und besetzte ein Gebiet von 120 mal 30 Kilometern um die Städte Tall Abyad und Ras al-Ain. Jetzt geht es für Erdogan darum, die Arbeit zu beenden und die Kurd*innen und die PKK und die PYD von der gesamten syrischen Grenze zur Türkei zu vertreiben.

Seit der Zerschlagung des Osmanischen Reiches durch die imperialistischen Siegermächte des Ersten Weltkriegs, insbesondere Frankreich und Großbritannien, ist das kurdische Volk zwischen der Türkei, dem Iran, Syrien und dem Irak aufgesplittert. In jedem Land ist es eine Minderheit, die je nach Regime

und politischen Umständen mehr oder weniger unterdrückt wird. Die Kurd*innen wurden aber nie als souveränes Volk mit dem Recht, einen eigenen Staat zu gründen, anerkannt. Die Forderung nach einem einigen kurdischen Staat ist nicht nur mit den Manövern der herrschenden Imperialismen unvereinbar, sondern steht in totaler Widersprach zu den reaktionären Regimes in der Türkei, im Iran, in Syrien und im Irak.

Der kurdische Nationalismus hat sich bislang immer auf irgendeinen Staat der Region oder eine imperialistische Macht gestützt. So hat die kleinbürgerliche Partei der Demokratischen Union (PYD) in Syrien Abkommen mit dem Diktator Baschar al-Assad geschlossen und sich mit den USA verbündet, die den Irak an die klerikalen arabischen Cliquen übergeben und gerade die jüngste Militäroffensive der Türkei genehmigt haben. So verwaltet die bürgerliche Demokratische Partei Kurdistans (PDK) einen von der Türkei unterstützten Ministaat im Irak, was sie manchmal bis zum bewaffneten Konflikt mit der PKK führt. Das ist eine Sackgasse. Keine nennenswerte Fraktion der türkischen, persischen, irakischen oder syrischen Bourgeoisie hat jemals das Recht nationaler Minderheiten auf Selbstbestimmung akzeptiert. Ihre vier Staaten sind alle für Massaker an und Übergriffe auf Kurd*innen verantwortlich. Und der Schutz des amerikanischen wie des russischen Imperialismus ist ebenso illusorisch. Im Übrigen betrachten die mit der Türkei verbündeten westlichen Imperialismen die PKK nach wie vor als Terrororganisation, obwohl sie sich im Kampf gegen den Islamischen Staat auf ihren bewaffneten Arm in Syrien, die YPG, gestützt haben. So war es offensichtlich mit Zustimmung des US-amerikanischen wie des russischen Imperialismus möglich, dass türkische Flugzeuge ungehindert in den syrischen Luftraum eindringen konnten, um am 19. November die kurdische Bevölkerung zu bombardieren.

Die Zukunft des kurdischen Volkes liegt nicht in der

Klassenkampf 48/2023

Suche nach Bündnissen mit diesem oder jenem Imperialismus oder diesem oder jenem Staat in der Region. Das unverbrüchliche Recht des kurdischen Volkes, seinen eigenen Staat zu gründen, kann nur erfolgreich verwirklicht werden, wenn es sich auf den Kampf des türkischen Proletariats, um Erdogan loszuwerden, stützt. So wie auf den Kampf des iranischen Proletariats, um die islamistische Diktatur davon zu jagen, auf die Errichtung von Arbeiter*innen- und Bauernregierungen, auf die Föderation Sozialistischer Staaten in dieser Region der Welt.

Arbeiter*inneninheitsfront für die Verteidigung der Rechte der Kurd*innen!

Führer*innender Arbeiter*innenorganisationen, ruft zu Demonstrationen vor türkischen Botschaften und

CoReP/Kollektiv Permanente Revolution

Konsulaten für die Beendigung der Intervention, den Truppenabzug und die Freilassung der Gefangenen auf!

Sofortige Beendigung der türkischen Militärinterventionen, Rückzug aller türkischen Truppen aus Syrien!

Schluss mit der Unterdrückung der Massen im iranischen Kurdistan und im ganzen Iran!

Für das Recht der Kurd*innen in der Türkei, im Iran, in Syrien und im Irak, einen einigen kurdischen Staat zu bilden!

29.11.2022

Kollektiv Permanente Revolution

(Frankreich, Österreich, Spanischer Staat, Türkei)

Eine Analyse unserer türkischen Genoss*innen zur Lage im Iran

Nieder mit der kapitalistischen, patriarchalen und kolonialistischen Diktatur der Mullahs!

1) Am 13. September wurde die junge Masha Jina Amini von der Sittenpolizei des Mullah-Regimes getötet, weil ihre Haare aus ihrem Schleier herausragten. Der Mord an Masha Amini war der Auslöser für Massenkämpfe, die das 43 Jahre alte islamistische Regime in seinen Grundfesten erschütterten. Die Aktionen begannen im iranischen Kurdistan und breiteten sich in kürzester Zeit auf das ganze Land aus. Der Ort, an dem der Aufstand begann, und das Ereignis, das den Aufstand auslöste, bilden das schwache Glied des Mullah-Regimes. Zwei grundlegende Tatsachen symbolisieren das Mullah-Regime, das seine Macht mit dem weltweit autoritärsten und institutionalisierten Staatsterror aufrechterhält. Erstens die Kopftücher, die Frauen in schwarzen Tschadors begraben, und die Galgen, die auf Kränen mitten in den Straßen errichtet wurden, an denen kurdische Jugendliche vom Regime ermordet wurden. Das Kopftuch und der Galgen sind zu Symbolen des politischen Regimes im Iran geworden. Die kolonialistische, patriarchalische, kapitalistische Mullah-Diktatur ist in eine Periode unumkehrbarer militanter Abrechnung durch all jene Segmente der Bevölkerung (Frauen, LGBTIQ+s, Arbeiter, Kurden, Aseris und andere Minderheiten, Jugendliche) eingetreten, deren Leben sie seit 43 Jahren in einen Kerker verwandelt haben.

2) Die Hauptparolen der Revolte sind „Tod dem Diktator, nieder mit der Islamischen Republik, weder Schah noch Scheich, Jin Jiyan Azadi, [bedeutet Frau, Leben, Freiheit auf Kurdisch]“. Wir können daraus den Schluss ziehen, dass die

Massen für die Zerstörung des Islamischen Staates Iran mobilisieren. Sie stellen weder Forderungen an das Regime noch haben sie den Wunsch, einen Kompromiss zu finden. Sie beweisen es sowohl mit den erhobenen Parolen als auch mit den von ihnen umgesetzten Maßnahmen. Alle Unterdrückten, angefangen bei den Frauen, wollen Freiheit. Sie wollen nicht, dass der Schah des alten iranischen Regimes und seine politischen Handlanger zurückkehren, genauso wenig wie sie die bürgerliche Opposition im Iran an die Macht kommen sehen wollen. Weder die iranische Bourgeoisie noch die politischen Akteure der westlichen imperialistischen Mächte finden unter den rebellischen Massen einen Widerhall.

3) Die Frauen, die an der Spitze der Revolte stehen, haben vom ersten Tag der Demonstrationen an ihre Schleier verbrannt und sich die Haare geschnitten. Trotz aller staatlichen Repressionen ist die 43-jährige Zwangsjacke der Angst, die die islamistische Diktatur den Frauen aufgezwungen hat, zerfetzt. Der zum Symbol des Regimes gewordene Schleier wird in vielen Teilen des Landes nicht mehr getragen. Frauen sind dabei, die islamistische Diktatur zu brechen, die sie zu Gefangenen gemacht hatte. Heute ist jeder Stein, der gegen die Repressionskräfte des Regimes geworfen wird, jeder verbrannte Schleier, jede Straße, auf der man sich ohne Schleier frei bewegt, ein Brandsatz gegen die Islamische Republik Iran, die ihre Kraft aus dem Koran zieht, gegen die Versklavung von Frauen und all das, wofür diese Republik steht.

4) Die Diktatur der Mullahs plündert alle Ressourcen des Landes und eine Handvoll Bourgeois wird ständig reicher. Der Reichtum einer Handvoll Mullahs und Bourgeois beruht auf dem Elend von Millionen Arbeitern. Ihre Not wächst lawinenartig von Jahr zu Jahr. Die offizielle Armutsquote im Iran liegt bei 46 % der Bevölkerung. Die Inflation erreicht 60 %. Je mehr die Armut der iranischen Arbeiter zunimmt, desto mehr wachsen ihr Klassenhass und ihre Revolten. Seit 2017 organisieren iranische Arbeiter trotz allem Staatsterror Revolten, Aufstände und Streiks.

Die Proteste und Aufstände in den Jahren 2017-2018-2019-2020 haben den Massen zu Erfahrungen verholfen, die Mauern der Angst niedergerissen und das Bewusstsein geweckt, dass es keine andere Lösung als den Kampf gibt. Während des mehrmonatigen Aufstands 2019–20 wurden mehr als 1.300 Arbeiter von den Repressionskräften des Mullah-Regimes getötet. Bei den Arbeiterdemonstrationen im Herbst 2018 gelang es den Arbeitern, ihre Familien und Nachbarn auf die Straße zu bringen. Auf den Straßen, in den Stadtteilen, in den Fabriken fanden Volksversammlungen und Foren statt. Die Arbeiter richteten ihre eigenen Plattformen ein. Diese Situation schafft die Embryonen zukünftiger Arbeiterräte. Obwohl diese Revolten von den Kräften des Regimes niedergeschlagen wurden, lehrten sie die arbeitenden Massen viel und verschafften ihnen wichtige Erfahrungen.

Die beklagenswerten Bedingungen, die das iranische Regime und der globale Kapitalismus geschaffen haben, legten auch den Grundstein für die Proteste von 2022. Die Träger der seit 2017 andauernden Aufstände, Streiks und Proteste sind die Arbeiter und Unterdrückten. Kurz gesagt, diejenigen, die im Iran nichts zu verlieren haben, geben den Kampf nicht auf, indem sie die Welle der Rebellion verstärken. Diese Situation zeigt, dass das iranische Regime auseinanderfällt, seine gesellschaftliche Legitimität wie Eis schmilzt und es außer Staatsterror keine andere Überlebensebene hat. Aber mit der Rebellion von 2022 ist der Staatsterrorismus nicht mehr wie früher das Heilmittel für die Probleme des Mullah-Regimes.

5) Die iranischen Repressionskräfte, die sich selbst „Gottes Peitsche“ nennen, greifen die Demonstranten mit aller Macht wie ein verwundetes Tier an. Bisher wurden 300 Menschen getötet. All dieser Staatsterror provoziert jedoch die Politisierung der Revolte. Die Proteste haben sich auf 140 Städte ausgeweitet. Die Demonstranten zerstören Amtsgebäude, religiöse Einrichtungen und alles, was das Regime direkt oder indirekt symbolisiert, wie Fotos oder Statuen. Das Foto von Ayatollah Khamanei wurde vor seinem Haus verbrannt. In den vergangenen 17 Tagen fanden an 56 Hochschulen insgesamt 112 Protestaktionen statt. In Gymnasien und Universitäten verbrennen junge Frauen gemeinsam ihre Schleier und erweitern die Räume schleierfreier Freiheit. Das islamistische Regime hat das Kriegsrecht ausgerufen, doch die Massen verwandeln das Verbot, auf die Straße zu gehen, in ein Straßenfest.

Die Bewegung hat sich praktisch auf das ganze Land ausgebreitet. Angesichts dieser militanten Massenmobilisierung tut sich das Regime schwer, seine Macht zu behaupten und die

Oberhand zurückzugewinnen. Die Revolte 2022 ist im Vergleich zu den seit 2017 stattfindenden Protesten, Streiks und Aufständen umfassender und militanter ausgerichtet. Die Besetzung offizieller Gebäude und religiöser Einrichtungen, die Zerstörung und Verbrennung von Regimesymbolen gleicht dem Prozess des Beginns der iranischen Revolution im Jahr 1979. Die Revolte im Iran ist nicht besiegt, im Gegenteil, sie hat die moralische und psychologische Oberhoheit errungen. Wir können den aktuellen Prozess folgendermaßen zusammenfassen: Die Herrscher können nicht wie bisher regieren, sie sterben beinahe vor Angst, ihre Herrschaft zu verlieren. Die Beherrschten hingegen wollen nicht mehr wie bisher regiert werden und zeigen dies Freund und Feind durch ihre unerhörten Taten. Der im Iran laufende Prozess hat einen Namen, nämlich den der vorrevolutionären Situation. Um zu gewinnen, braucht es einen Generalstreik, Arbeiterräte, Arbeitermilizen, ein revolutionäres Programm und eine revolutionäre Partei.

6) Die Revolte breitet sich im Iran aus, erschüttert das Mullah-Regime, radikalisiert sich, aber was fehlt, ist das Erscheinen der Arbeiterklasse als Klasse auf der geschichtlichen Bühne, um den Weg zum endgültigen Sieg der Bewegung zu ebnen. Es gibt natürlich die Beteiligung von Arbeiterinnen und Arbeitern an Straßendemonstrationen. Allerdings findet diese Partizipation eher als individuelle Partizipation der Arbeiter statt und nicht als Präsenz als Klasse. Die Teilnahme der Arbeiterklasse am Kampf der Massen kann nur mit ihren eigenen Organisationen und ihren eigenen Aktionsmitteln erfolgen. Wenn die Arbeiterklasse als Klasse auf der Bildfläche erscheint, wird ihre Aktion der unbegrenzte Generalstreik sein. Und wenn der unbefristete Generalstreik organisiert wird, beginnt für das Mullah-Regime die Reise in den Müllhaufen der Geschichte.

Wenn sich die Arbeiterklasse nicht als Klasse dem Kampf der Massen anschließt, kann das zwei Folgen haben. Die erste, dass aufgrund der Abkehr der Bewegung von einer Perspektive der Machtergreifung die soziale Mobilisierung an Schwung verliert und das erstarkende Mullah-Regime die Bewegung zerschlagen kann. Die zweite Möglichkeit ist, dass eine bürgerliche Fraktion dank des kurzen Kampfes der Massen an die Macht kommt.

Wenn die Arbeiterklasse dagegen mit dem Generalstreik aktiv wird, werden die Proteste neben ihrer jetzigen Anti-Regime-Dimension auch eine antikapitalistische Dimension annehmen. Für die Organisation des Generalstreiks sind Arbeiterkomitees notwendig. Die Bildung der Arbeiterausschüsse wird den Boden bereiten für die Doppelmacht durch die Arbeiterräte und die Organe der Selbstverwaltung. Und eine solche Situation bedeutet für die Arbeiter und Unterdrückten die Bereitung des Bodens für den Aufbau der Instrumente ihrer eigenen politischen Macht. Wenn die Arbeiterklasse als Klasse in Aktion tritt, wird der Handlungsspielraum aller Fraktionen der Bourgeoisie und des westlichen Imperialismus erheblich eingeschränkt.

In einem solchen Prozess werden sich die Interessen aller Fraktionen der Bourgeoisie und der Imperialisten vereinen, die den Sturz des Mullahregimes wollen. Die Bourgeoisie in der Opposition, all ihre Fraktionen und die westlichen Imperialis-

ten werden angesichts der Möglichkeit einer Arbeiterrevolution eine heilige Allianz bilden. Die einzige Kraft, die das gesellschaftliche Leben blockieren und die Angriffspositionen des Regimes brechen kann, ist die Arbeiterklasse aufgrund ihrer Stellung in der Produktion. Und ihr einziges Aktionsmittel ist der unbegrenzte Generalstreik. Das wichtigste Organ ihrer Organisation sind die Arbeiterräte. Bisher haben nur Teheraner Arbeiter und Arbeiter von Busunternehmen in den Vororten zu einem Generalstreik aufgerufen.

Auf den politischen Führungen der Arbeiterklasse lastet eine große Verantwortung für die Zukunft der Bewegung. Arbeiterorganisationen müssen sich jedem Produktionsbereich um die Parole eines Generalstreiks organisieren. Es ist eine historische Aufgabe, Schul-, Nachbarschafts- und Arbeiterräte zu organisieren, um sie mit einer Revolution zu krönen. Das islamistische Regime hat den Arbeitern und Unterdrückten nichts zu bieten außer Repression, Gefangenschaft, Elend und Staatsterror. Wir müssen einen gnadenlosen Kampf gegen die kolonialistische, patriarchalische und kapitalistische Diktatur der Mullahs führen. Der Sturz der Mullahs allein wird der Arbeiterklasse und den Unterdrückten keinen endgültigen Sieg bringen. Die Zerstörung der Klasse, die die Mullahs geschaffen hat, d.h. des Kapitalismus, wird der Beginn des Freudenfests der Unterdrückten sein. Und der Weg, dies zu erreichen, besteht darin, dass die Arbeiterklasse vor allen Unterdrückten und Enttäuschten mit einem revolutionären Programm und einer revolutionären Partei auftritt.

Das Kampfprogramm des revolutionären Proletariats

7) Um dem islamistischen Regime der Mullahs den Todesstoß zu versetzen, ist die Umwandlung der militanten Massenmobilisierung, die aus der Opposition gegen die Mullahs hervorgegangen ist, in eine antikapitalistische Mobilisierung und das Auftreten des Proletariats als Klasse im Kampf um eine revolutionäre politische Perspektive für alle Unterdrückten von entscheidender Bedeutung. Damit fallen der Avantgarde des iranischen Proletariats historische Aufgaben zu. Der einzige Weg, um den Kampf auf der Grundlage eines revolutionären antikapitalistischen Programms in Gang zu setzen, um die Arbeiterklasse als Klasse gegen die Kräfte des Regimes zu mobilisieren, ist der unbegrenzte Generalstreik. Die iranischen revolutionären Kräfte dürfen nicht mit einer Perspektive wirtschaftlicher Forderungen oder der Erzwingung von Rechten

und Freiheiten vom Regime kämpfen, sondern mit der Perspektive, die Arbeiterklasse an die Macht zu bringen. Das vorrangige Ziel muss es sein, auf einen der grundlegenden Slogans der Massen zu reagieren, nämlich „Tod dem Diktator!“. Die revolutionären Kräfte des Iran müssen ihre ganze Energie darauf konzentrieren, die Arbeiterklasse aufzurütteln. Sie müssen darauf abzielen, den Generalstreik bis zum Sturz des Mullah-Regimes zu organisieren. Dafür müssen alle Arbeiterorganisationen eine Einheitsfront bilden, um den unbegrenzten Generalstreik zu organisieren. Bei dieser Mobilisierung muss die grundlegende Losung der Arbeiterklasse lauten: „Generalstreik, um den Diktator zu töten! Nieder mit der kolonialistischen, patriarchalischen und kapitalistischen Diktatur der Mullahs!“.



KAHROLSUN SÖMÜRGEÇİ
PATRİYAKAL KAPİTALİST MOLLA
DİKTATÖRLÜĞÜ
EKİB

8) Um den Generalstreik zu organisieren, ist es notwendig, Arbeiterräte in allen Betrieben, allen Industriezonen, allen Arbeiterbezirken aufzubauen. Diese Räte dürfen nicht bürokratisch sein und müssen auf direkter Demokratie beruhen und sich an den Grundsätzen der Arbeiterdemokratie orientieren. Sie müssen sich im ganzen Land koordinieren und Entscheidungen demokratisch treffen, bevor sie handeln. Streikkomitees und Arbeiterräte sollten nicht auf Betriebe beschränkt sein und sich auf Wohnviertel und Schulen erstrecken. Streikkomitees müssen dem Zweck dienen, Arbeiterräte zu bilden. Sie müssen sich in Organe verwandeln, die die Arbeiter und Unterdrückten im ganzen Land an die Macht bringen. In allen Streikkomitees, allen Schulkomitees, regionalen Räten und allen Betriebsräten müssen Frauen gleichberechtigt vertreten

werden. Sie sollten eine Funktionsweise anwenden, bei der Entscheidungen nicht ohne die Vertretung von Frauen getroffen werden können. Frauen und alle Unterdrückten werden die Möglichkeit haben, ihr Schicksal selbst zu gestalten. Die Frauen sind die Lokomotive der Rebellion, indem sie das Kopftuch anzünden, das zum Symbol des Regimes geworden ist, und damit haben sie das Feuer der Freiheit entzündet. So wird aus der Asche von 43 Jahren islamistischer Diktatur die Brücke zur Errichtung der demokratischsten und freiesten Macht der Welt entstehen.

9) Der Generalstreik sollte nicht auf das Ziel des Sturzes der islamistischen Diktatur beschränkt werden. Er muss die Perspektive haben, den Kapitalismus zu zerstören, das Götzenbild des kapitalistischen Eigentumsrechts zu zerschmettern. Der Weg, die Arbeiterklasse zu diesem Zweck in den Kampf zu zie-

hen, müssen Streiks mit Betriebsbesetzungen sein. Denn Betriebsbesetzungstreiks gehen über die Grenzen des „normalen“ kapitalistischen Betriebs hinaus. Unabhängig von den Forderungen der streikenden Arbeiter trifft die vorübergehende Besetzung der Fabriken das Götzenbild des kapitalistischen Eigentums. Bei jedem Fabrikbesetzungstreik stellt sich praktisch die Frage, wer der Herr in der Fabrik ist. Kapitalisten oder Arbeiter?

Der Generalstreik sollte nicht nur darauf beschränkt sein, die aus der Produktion kommende Macht zu nutzen, sondern sollte darauf abzielen, alle Betriebe und Industrien unter Arbeiterkontrolle zu verstaatlichen und Produktion und Verwaltung an Arbeiterräte zu übertragen. Der Übergang zur Enteignung unter Arbeiterkontrolle bedeutet, mit schnellen Schritten zur Arbeitermacht zu gelangen. Aus diesem Grund lautet die Hauptlosung des iranischen Proletariats: „Den Reichtum der iranischen Kapitalisten haben sie uns Arbeitern gestohlen! Wir sind gekommen, um alles zurück zu holen, was uns gestohlen wurde!“

10) Heute hält nur noch der brutale Staatsterror die islamistische Diktatur im Iran auf den Beinen. Angesichts der Revolutionsgarden und der Polizei, die wie ein waidwundes Tier auf die Demonstranten losgehen, konnten diese sich mit Steinen, Molotow-Cocktails und Steinschleudern effektiv wehren und die Kontinuität der Bewegung sichern. Wir dürfen diese Realität jedoch keinesfalls aus den Augen verlieren: Während sich die Polizeikräfte als unzureichend erweisen, wird die islamistische Diktatur nicht zögern, die Armee auf die Demonstranten loszulassen. Der Einsatz der Armee durch die islamistische Diktatur ist nur eine Frage der Zeit. Von einer effektiven Selbstverteidigung mit primitiven Waffen wie Steinen, Molotow-Cocktails oder Steinschleudern wird angesichts einer ausgerüsteten Armee keine Rede sein.

Deshalb ist die Bewaffnung der Demonstranten, die Schaffung bewaffneter Arbeitermilizen eine dringende Aufgabe für die Zukunft der Bewegung. Denn die islamistische Diktatur wird niemals zögern, Massenmorde zu verüben. Sie hat dies viele Male während früherer Aufstände bewiesen. Unser historisches und politisches Bewusstsein erinnert uns stets daran: Während Klassenkämpfen, die von der herrschenden Ordnung nicht eingedämmt werden können, während revolutionärer Erhebungen hat die Bourgeoisie nie ihre Tendenz aufgegeben, diesen Klassenkampf in einen blutigen Bürgerkrieg zu verwandeln. Für die Bildung von bewaffneten Arbeitermilizen und bewaffneten Selbstverteidigungskomitees muss folgende Strategie verfolgt werden: Die Arbeiterklasse muss zum Angriff übergehen, um mit ihren Jugendgruppen bewaffnete Selbstverteidigungsmilizen zu bilden. Innerhalb der Armee ist eine systematische Agitations- und Propagandaarbeit notwendig, um die Rekruten und den Offiziersnachwuchs für die Revolution zu gewinnen, damit sie ihre Waffen gegen die politische Macht wenden.

In der Geschichte vieler Revolutionen kam es an der Basis der bürgerlichen Armee kam zu Brüchen, einfache Soldaten und junge Offiziere schlossen sich den Reihen der Revolution

an. Im Krieg und in den Militäroperationen, die die Hauptdynamik der bürgerlichen Armee darstellen, werden zuerst die einfachen Soldaten und die jungen Offiziere ins Feuer geschickt. Und diese Gruppen werden von jungen Leuten gebildet, die aus der Arbeiterklasse kommen. Während eines möglichen Prozesses eines revolutionären Bürgerkriegs im Iran gibt keinen Grund, warum es nicht zu Brüchen an der Basis der Armee kommen sollte. Die zu organisierenden Arbeitermilizen und bewaffneten Selbstverteidigungskomitees müssen so beschaffen sein, dass sie die Grundlage für die zukünftige Rote Armee der Arbeiterklasse legen.

Sie sollte sich nicht wie die bürgerliche Armee auf eine hochrangige militaristische Hierarchie stützen. Die Armee der Arbeiter*innen wählt ihre eigenen Kommandeur*innen. Sie soll eine Struktur annehmen, in der sie die Kriegsstrategien und -taktiken demokratisch diskutieren und Maßnahmen ergreifen, aber auch widerrufen, kann. Eine Kopie der bürgerlichen Armee, eine Selbstverteidigungsarmee, die nach dem Epauletten-Befehls- und Gehorsamssystem aufgebaut ist, wird bald in den Prozess der Entfremdung und Korruption eintreten. Der revolutionäre Geist in der Arbeitermiliz wird degenerieren, und die aufständischen Militanten in den Selbstverteidigungseinheiten werden bald zu Soldaten, die den Befehlen der höheren Kaste bedingungslos Folge leisten. Das von den bürgerlichen Armeen idealisierte Soldatenprofil will Roboter, die nicht hinterfragen, die dem seelenlosen Befehl bis zum Schluss gehorchen und auf das Töten programmiert sind.

Das revolutionäre Proletariat, das sich eine Zukunft ohne Epauletten vorstellt und dafür kämpft, setzt nicht auf gehorsame Soldaten, sondern auf es braucht Aufständische und Militante, die ihren revolutionären Geist bewahren. Jeder bürgerliche Staat hat nicht nur offizielle (Militär, Polizei) Strafverfolgungskräfte, er verfügt auch über illegale kriminelle Organisationen und faschistische Organisationen. Solche Organisationen werden eingesetzt, um die grausamsten Massaker zu verüben, wenn die Macht der Bourgeoisie schwächelt, der Staatsapparat ins Wanken gerät und die Arbeiter und Unterdrückten radikalisiert werden. Sie sind die professionellen Todesmaschinen des bürgerlichen Staates. Mitglieder dieser Organisationen sind auch Aktivisten der offiziellen Staatsideologie. Auch Strafverfolgungskräfte und illegale kriminelle Organisationen des islamischen Staates Iran sind aus der Werkbank der dschihadistischen islamistischen Schule hervorgegangen.

Nach der islamistischen Ideologie der iranischen Ordnungshüter, die sich als Peitsche Gottes verstehen, ist das Sterben für die Religion und für den Staat eine Stufe des Martyriums. Märtyrer werden mit dem Himmelreich belohnt. Dies ist die Hauptmotivation der islamistischen militaristischen Kräfte. Aber nach derselben islamistischen Ideologie können diejenigen, die von Frauen im Krieg getötet wurden, keinen Einlass ins Paradies finden. Ein wichtiger Grund, warum der Untergang des IS in Kobane so viele Opfer an der Front forderte, war die hohe Konzentration weiblicher Guerillas an der Front der kurdischen Aufständischen. Das hat die Kampfmoral der Dschihadisten an der Kobane-Front verdorben. In den bewaffneten Selbstverteidigungseinheiten, die heute im Iran gebildet wer-

den, bedeutet der Einsatz von Frauen hinter der Front (Pflege, Kochen usw.), eine großen Chance ungenutzt zu lassen. Die Blockierung der Frauenbefreiungsbewegung, die die Fahne der Revolte gegen das islamistische Regime hisste, ebnet den Weg für das Aufkommen patriarchalischer Elemente, die Frauen bekämpfen müssen, bevor sie die Macht übernehmen. Frauen müssen bei allen Aspekten des Kampfes gegen das islamistische Regime an vorderster Front stehen.

11) Der Horizont der Arbeitermilizen sollte sich nicht auf die Selbstverteidigung gegen die Angriffe der islamistischen Diktatur beschränken. Dies Milizen müssen darauf hinarbeiten, die Polizeistationen zu stürmen, in denen Aktivist*innen festgehalten werden, um sie zu befreien, um die Hochburgen des islamistischen Regimes anzugreifen. Wenn eine Arbeiterbewegung während eines revolutionären Aufstands die Polizeistationen stürmt und ihre Kampfgenossen befreit, ist das zugleich eine Botschaft an die ganze Welt: „Bourgeoisie, ich erkenne deine Herrschaft und deine Repressionskräfte nicht an! Der Raum, in dem du deine Macht aufgebaut haben, ist für uns beide zu eng. Und jetzt bist du am Ende deines Wegs angelangt.“

12) Die Beteiligung der jungen Massen an der Aufstandswelle im Iran hat ein großes Gewicht. Bei Protesten, bei denen Frauen ihre Schleier verbrannten, machten junge Frauen einen erheblichen Teil der Teilnehmer aus. In den vergangenen 17 Tagen fanden an 56 Hochschulen insgesamt 112 Aktionen statt. In Gymnasien begannen junge Mädchen, ihre Schleier massenhaft zu verbrennen. Diese Aktionsbereitschaft hat die Gymnasien in vielen Städten beeinflusst. Junge iranische Revolutionäre, inspiriert von marxistischen Ideen, die zahlreiche Aufrufe zum Generalstreik und zur Bildung von Arbeiterräten gestartet haben, bilden den entschlossensten und dynamischsten Sektor der Bewegung. Es gibt in diesem Land eine freiheitshungrige Jugendbewegung, die sich vom Einfluss staatlicher Ideologie befreit hat. Diese Situation ist nicht spontan, sie resultiert aus dem jahrelangen Klassenkampf. Die aufeinanderfolgenden Aufstände in den Jahren 2008, 2017, 2018, 2019, 2020 und 2022 haben den Verlust der gesellschaftlichen Legitimität des islamistischen Regimes verursacht. Sie haben das Regime entlarvt und seinen Klassencharakter offenbart. Sie rissen die Mauern der Angst nieder und verstärkten die Vorstellung, dass das Mullah-Regime gestürzt werden kann. Sie sorgten auch dafür, dass sich die in diesen Jahren heranwachsende neue Generation vollständig von der islamistischen Ideologie löste. Und diese Situation zeigt, dass die islamistische Diktatur keine Zukunft mehr hat. Genau in diesem Prozess beginnt die Aufgabe der Revolutionäre des Iran. Es ist notwendig, ein Aktionsprogramm zu konkretisieren, um die Jugend für die marxistischen Reihen zu gewinnen und die Konturen der Freien Arbeiter*innenuniversität des zukünftigen Arbeiters*innenstaates zu formen. Um dieses Programm zu entwickeln ist es vor allem notwendig, Schülervertretungen im ganzen Land zu organisieren, die wiederum Aktionen in Gymnasien und Universitäten organisieren können. Wir müssen einen unbegrenzten Schulboykott im ganzen Land organisieren. Und diese Boykotts müssen darüber hinausgehen, einfach nicht zum Unterricht zu gehen. Sie müssen als Hauptschlagwort "Die islamistische Diktatur hat uns nichts beizubringen. Baut die Freie Arbeiteruni-

versität auf". Alle Schülervertretungen sollten versuchen, alternative Bildung und Schulen zum Schul- und Bildungssystem des Regimes einzurichten. Indem sie die Schulen besetzen, müssen sie mit der Arbeit beginnen, ihren eigenen Lehrplan aufzustellen und mit den Bildungsarbeitern, die die Revolte unterstützen, Räte zu bilden. Die Übergangsforderungen dieser Räte müssen eine Brücke zur Freien Arbeiter*innenuniversität schlagen und den Aufbau eines alternativen Machtapparats zu den Bildungseinrichtungen des islamistischen Regimes ermöglichen.

Alle religiösen Elemente müssen aus der Bildung entfernt werden! Weltliche Bildung!

Schluss mit sexistischer, homophober, nationalistischer und rassistischer Bildung!

Wissenschaftliche und polytechnische Ausbildung!

Nein zur bezahlten kapitalistischer Bildung!

Recht auf Bildung für Arbeiter*innen, Recht auf Arbeit für Studierende!

Recht auf Unterricht in der Muttersprache für alle!

Alle Bildungseinrichtungen müssen von Bildungs-Räten geleitet werden!

13) Kein Regime, keine Diktatur, kein Staat kann durch den Kampf von Frauen und einer Handvoll Männer, die sie unterstützen, gestürzt werden. Dieses System kann nur durch den vereinten Kampf der Arbeiter und aller Unterdrückten gestürzt werden. Die Unterdrückung von Frauen unter religiösen Vorwänden begann nicht mit den Mullahs. Im Gegenteil, die systematische Unterdrückung beruht auf einer Jahrtausende alten patriarchalischen Gesellschaftsordnung, die von der bürgerlichen Herrschaft bewahrt und in den kapitalistischen Verhältnissen reproduziert wurde. Daher wird der Kampf der Frauen allein für gleiche demokratische Rechte nicht ausreichen, um das patriarchalische System auszurotten, weil Kapitalismus und Patriarchat einander durchdringen. Solange der Kapitalismus nicht gestürzt ist, wird auch die patriarchalische Ordnung nicht gestürzt. Das Haupthindernis der Emanzipation der Frau ist die Existenz des kapitalistischen Systems. Deshalb muss der Kampf der Frauen im Iran unbedingt einen antikapitalistischen Charakter annehmen, um einen endgültigen Sieg zu erringen. Um die endgültige Gleichstellung der Frau in Fabriken, am Arbeitsplatz, in den Familien und in der Gesellschaft herzustellen, ist es zwingend erforderlich, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu zerstören, die die Quelle aller Ungleichheiten sind. Dazu ist es notwendig, das Kapital zu enteignen, den bürgerlichen Staat zu zerstören und soziale und wirtschaftliche Probleme mit Mitteln der von den Arbeiterräten kontrollierten Unterdrückung der Bourgeoisie zu bekämpfen, um den Kapitalismus des Iran auf den Misthaufen der Geschichte zu befördern und den Weg zur Emanzipation für alle Arbeiter und Unterdrückten zu öffnen.

14) Der Sektor, der seit 43 Jahren am meisten unter der heftigsten Repression, Pogromen, Massentötungen und der rassistischen Politik des iranischen Regimes gelitten hat, ist das kurdische Volk, das innerhalb der Grenzen des iranischen Staates lebt. Die systematische rassistische und militaristische Politik gegen die Kurden ist eines der Hauptelemente der

Staatsideologie des iranischen Regimes. Die Unterdrückung der Kurden begann nicht mit dem Mullah-Regime. Letzterer übernahm diese aus dem ihm vorangegangenen Regime des Schahs und entwickelte sie weiter. Der östliche Teil Kurdistans ist von vier Staaten kolonisiert (Türkei, Syrien, Irak, Iran) und steht unter der Herrschaft des iranischen Staates. Deshalb gehören Chauvinismus und kolonialistische Staatspolitik, die auf Kurdenfeindlichkeit basiert, zu den Hauptelementen der Staatsideologie des iranischen Regimes. Es gibt drei hervorstechende Merkmale des iranischen Regimes. Da es sich um eine islamistische Diktatur handelt, ist Frauenfeindlichkeit einer ihrer hervorstechendsten Aspekte. Da repressiver Chauvinismus eines der hervorstechendsten Merkmale des Regimes ist, handelt es sich um ein kolonialistisches Regime. Das Hauptmerkmal, das diesen reaktionären Aspekten den Boden bereitet, ist, dass es sich um eine kapitalistische Diktatur handelt. Wie wir zu Beginn unseres Artikels erwähnt haben, gibt es zwei Elemente, die zu Symbolen des iranischen Regimes geworden sind. Das erste ist das Kopftuch und der schwarze Tschador, um Frauen zu versklaven. Das zweite besteht aus den an Kränen aufgestellten Galgen für öffentliche Hinrichtungen in Kurdistan. Das Regime der Mullahs bedeutet für die Kurden Unterdrückung, Massaker und Galgen. Trotz all dieser Repressionen haben die im



Streikversammlung von Ölarbeitern in Isfahan, November 2022

iranischen Staat lebenden Kurden den Kampf für ihre nationale Freiheit nie aufgegeben, egal wie schwierig die Bedingungen waren. Der Kampf der Kurden im Iran war immer auf eine lokale Ebene beschränkt, sie hatten Schwierigkeiten, Unterstützung außerhalb des Iran zu finden, und was sie finden konnten, war im Allgemeinen schwach. Die Revolte von 2022 schafft eine historische Möglichkeit für die Kurden des Iran. Zum ersten Mal konnten sie in einer Revolte, die sich über das ganze Land ausbreitete, mit ihrer nationalen Identität und ihren Forderungen auftreten. Die junge Frau, die das Symbol der Revolte für mehr Freiheit im Iran ist, Masha Amini, war Kurdin. Die Region, in der die Revolte begann, ist Kurdistan im Iran. Die beiden Völker, zwischen denen das Mullah-Regime seit Jahren systematisch versucht, Feindseligkeiten zu schüren und nationalistische Vorurteile gegeneinander zu entfesseln, sind die Aserbaidschaner und die Kurden. Sehr bald nach Beginn der ersten Revolten im iranischen Kurdistan kam Unterstützung aus der Region, in der die aserbaidschanische Minderheit lebt. Der Hauptslogan dieser Revolte beinhaltete folgenden Punkt: Die aserbaidschanische Minderheit tritt für Kurdistan ein. Mit diesem Aufstand erodierte die künstlich geschaffenen nationalen Vorurteile zwischen den Völkern mehr denn je.

Einer der Hauptslogans der Revolte war „Jin Jiyan Azadi“. Dieser Slogan wurde in der Türkei unter kurdischen Feminis-

tinnen geboren. Es breitete sich schnell auf die ganze Türkei, Kurdistan und viele Teile des Nahen Ostens aus. Einer der wichtigsten Slogans der kurdischen politischen Bewegung wird im ganzen Iran auf Kurdisch verbreitet und ist zu einem der Hauptslogans der Revolte geworden. Innerhalb des Kampfes beschleunigt sich die Geschwisterlichkeit der Völker. Diese Situation entzieht dem Mullahregime, das darauf abzielte, die Feindseligkeit zwischen den Völkern zu verstärken, die Waffe, die Revolte zu schwächen. Der Prozess der Verbrüderung der Völker im Kampf begann nicht mit dem Aufstand von 2022, aber er erreichte seinen Höhepunkt. Seit 2008 gibt es eine starke Beteiligung der Region Kurdistan an den Revolten, Demonstrationen und Streiks. Der Grund liegt in diesem Merkmal des Kapitalismus verborgen: In jeder Region, jedem Land, in dem der Kapitalismus dominiert, finden sich unterdrückte Völker und Minderheiten in den ärmsten und prekärsten Schichten der Arbeiterklasse an der Spitze der Bewegungen. Dies gilt auch für den Iran. Zu den ärmsten und prekärsten Arbeitern der Arbeiterklasse im Iran gehören in erster Linie die kurdischen Arbeiter. Es ist kein Zufall, dass sich die Kurden seit 2008 stark an Demonstrationen, Streiks und Aufständen beteiligt haben. Der Unterschied der Revolte im Jahr 2002 für die Kurden besteht darin, dass ihnen der Weg, sich selbst als eigen-

ständiges Subjekt mit eigener nationaler Identität und nationalen Forderungen zu konstituieren, am weitesten geöffnet wurde. Und genau hier fallen den Revolutionären des Iran wichtige Aufgaben zu. Zu den revolutionären Aufgaben gehört die bedingungslose Verteidigung der Rechte des kurdischen Volkes, das zahlreiche Massaker erlebt hat, um seine Zukunft zu bestimmen. Dieses Recht muss nicht nur für die Kurden, sondern auch für die aserbaidschanische Minderheit verteidigt werden. Die Aufgabe der Revolutionäre des Iran beschränkt sich nicht darauf, die Forderungen der unterdrückten Völker und ihr Recht auf Selbstbestimmung zu unterstützen. Sie müssen ihnen auf gleichberechtigter Basis die Alternative des sozialistischen Bundes auf der Grundlage freiwilliger Zusammenarbeit anbieten.

Der kurdischen Nation wird heute aufgrund ihrer politischen Führung die Perspektive eines unabhängigen, freien und geeinten Kurdistans vorenthalten. Die Führung im irakischen Kurdistan strebt in keiner Weise die Einheit und Freiheit der Kurden an. Ihr einziges Anliegen ist es, die Macht und die Privilegien der Familie Barzani zu bewahren und weiterzuentwickeln. Für diesen heiligen Zweck zögert sie nicht, sich mit der Türkei zu verbünden und den Weg für Militäroperationen der Türkischen Republik in der kurdischen Region Syriens zu ebnen und ihr zu helfen. In der Region, in der die Barzani-Familie

an der Macht bleibt, sorgt sie dafür, dass das kurdische Volk in Armut und Elend erstickt und unterdrückt jede Opposition und Arbeiterrevolte genauso wie die islamistische Diktatur im Iran. Es ist eine Diktatur, die mindestens so autoritär, kapitalistisch und patriarchalisch ist wie das iranische Regime. Die KDP, die PUK und der Barzani-Clan sind ein Haupthindernis für die Freiheit der kurdischen Nation. Kommen wir zur politischen Führung der Kurden in der Türkei und Syrien Auch sie haben nicht das Ziel, ein unabhängiges und geeintes Kurdistan zu erreichen. Sie lehnen dies grundsätzlich und auf der Ebene ihres Programms ab. Sie setzen sich für die Idee ein, ihren Kolonialstaat zu demokratisieren und mit ihrem Kolonisator unter demokratischer Führung zu leben. Sie zielen darauf ab, von den Kolonialmächten einen demokratischen politischen Status zu erlangen. Aber das ist Unsinn.

Zu den Voraussetzungen für die Existenz der syrischen und türkischen bürgerlichen Staaten gehören die Feindseligkeit gegenüber den Kurden und die kolonialistische Politik. Diese Staaten können nicht demokratisiert oder „verbessert“ werden. Innerhalb nationalstaatlich organisierter bürgerlicher Staaten, die sich auf Ungleichheiten beruhen, kann die Gleichheit der Völker nicht hergestellt werden. Die bürgerlichen Staaten Türkei und Syrien können nicht demokratisiert oder reformiert werden. Sich nationalstaatlich organisierend, Die Gleichheit der Völker kann nicht in bürgerlichen Staaten erreicht werden, die sich von Ungleichheiten ernähren. Besonders in dieser Zeit, in der der Kapitalismus auf dem Rückzug ist, die bürgerliche Demokratie auf globaler Ebene ins Abseits stellt und autoritäre Regime aufbaut, kann ein demokratisches Programm niemals umgesetzt werden, ohne die despotischen und kolonialistischen Staaten zu zerstören.

Die Verwirklichung eines solchen demokratischen Programms und einer politischen Verwaltung, die auf der Gleichheit und dem freiwilligen Zusammenschluss der Nationen beruht, kann nur durch die proletarische Revolution erreicht werden. Heute ist die einzige Bedingung dafür, dass Kurdistan frei, unabhängig und geeint ist, die Zerstörung der vier kolonialen bürgerlichen Staaten durch den gemeinsamen Kampf der Völker. Ein freies, vereintes und unabhängiges Kurdistan ist nur als Teil der Sowjets des Nahen Ostens, Mesopotamiens und Anatoliens möglich. Die Krönung der Rebellion im Iran mit einer sozialistischen Revolution wird diesem Prozess den Weg eben. Die iranische Revolution wird zum Auftakt der Revolution im Nahen Osten, Mesopotamien, Anatolien und im Kaukasus. Was heute im iranischen Kurdistan in den Vordergrund gerückt wird, ist das Programm der permanenten Revolution für dieses riesige Gebioet, das wir oben erwähnt haben. Es schafft die Möglichkeiten für die kurdische Nation, die Opfer des Imperialismus, der vier Kolonialstaaten und ihrer eigenen politischen Führung ist, ihre Zukunft und ihre Freiheit selbst in die Hand zu nehmen. Der Slogan, der heute in Iranisch-Kurdistan zu sehen sein wird, lautet:

Biji Serhildan Azadiya Kurdistan!

Lang leben die Sowjets des Nahen Ostens!

Es lebe das freie, vereinte und rote Kurdistan, das das Gründungselement der Sowjets des Nahen Ostens sein wird!

15) Es wäre ein historischer Fehler sowohl für die Rebellen-Gruppen im Iran als auch für die Arbeiter, Frauen und revolutionären Organisationen, die mit dem Iran solidarisch sind, eine Position einzunehmen, die die Embargos gegen den Iran unterstützt oder die westlichen Imperialisten auffordert, Maßnahmen gegen den Iran zu ergreifen, um die Rebellion zu unterstützen. Erstens zahlen weder die iranische Bourgeoisie noch die Mullahs die Rechnung für ein Embargo oder wirtschaftliche Sanktionen, die gegen den Iran verhängt werden. Alle Rechnungen werden von den Arbeitern bezahlt, das macht sie nur noch ärmer. Ein weiterer Grund ist, dass eine solche Intervention dem Mullahregime politische Legitimität verschaffen würde, während seine soziale Legitimität wie Schnee in der Sonne schmilzt. Das Mullah-Regime erzählt seit Jahren, dass jede Opposition, die ihm gegenübersteht, in Wirklichkeit ein Agent der westlichen Imperialisten ist und dass äußere Feinde ohne sie das Land zerstören würden. Auch wenn dieses Märchen heute unter den aufständischen Massen kein Echo findet, könnte sie dem Mullahregime dienen und ihm Spielraum verschaffen, wenn sich diese Art von Appell im In- und Ausland ausbreiten würde. Solche Aufrufe würden bedeuten, dass der Imperialismus zu diesem Zeitpunkt einen fortschrittlichen Aspekt annehmen könnte. Dies würde den westlichen Imperialisten Handlungsspielraum geben, um die Revolte zu „entführen“ und sie zu umarmen. Das Ergebnis der Verbreitung der Idee, dass das iranische Volk mit den westlichen Imperialisten befreundet sein könnte, wird folgendes sein: westliche Imperialisten werden ihre Statthalter in die Reihen einer bürgerlichen politischen Führung entsenden. Die Gewinner werden die Bourgeoisie und der Imperialismus sein, die Verlierer die iranischen Arbeiter und die Unterdrückten.

16) Revolutionäre, ArbeiterInnen, feministische Organisationen auf der ganzen Welt müssen mit dem Aufstand im Iran solidarisch sein. Internationalistische Solidarität mit der iranischen Revolte sollte sich nicht auf Unterstützungs-demonstrationen und Solidaritätskampagnen beschränken. Der dekadente Kapitalismus verstärkt weltweit Armut, Elend, Krieg, religiösen Fanatismus, Faschismus, autoritäre Regime, Patriarchat und Homophobie. Jedes politische Subjekt, das mit der iranischen Rebellion solidarisch ist, sollte die Perspektive vertreten, jeden Ort auf der Welt zum Iran zu machen, und sollte dafür arbeiten, überall einen Aufstand zu initiieren, um den Kapitalismus und alle von ihm hervorgebrachten Reaktionäre zu stürzen.

Patronsuz Dunya, 17.10.2022



Schluss mit den Angriffen auf kurdische Aktivist*innen und Geflüchtete!

Am 23. Dezember griff ein Mörder das Kurdische Kulturzentrum in Frankreich im 10. Arrondissement von Paris sowie zwei benachbarte Geschäfte an, die ebenfalls zur kurdischen Gemeinschaft gehören. Das Ahmet-Kaya-Kulturzentrum beherbergt das Kurdische Demokratische Zentrum Frankreichs, dem auch die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) angehört. Die PKK ist eine in der Türkei verbotene Partei, wo ihre Aktivisten von Erdogans Polizei und Armee gejagt werden.

Der mit einem Revolver bewaffnete Killer ermordete drei kurdische Aktivist*innen, darunter Emine Kara, die Leiterin der kurdischen Frauenrechtsbewegung, und verletzte drei weitere. Emine Kara hatte 30 Jahre lang für die Rechte der Kurd*innen gekämpft – sowohl in der Türkei als auch im Irak, in Syrien und im Iran. Sie hatte insbesondere am bewaffneten Widerstand der Kurd*innen gegen den Islamischen Staat im Irak teilgenommen.

Emine Kara hatte in Frankreich politisches Asyl beantragt, doch der Flüchtlingsstatus wurde ihr vom französischen Staat verweigert. Die PKK wird von der Europäischen Union als terroristische Organisation eingestuft. Gegen PKK-Aktivist*innen, die nach Frankreich geflüchtet sind, laufen derzeit Verfahren der Antiterror-Staatsanwaltschaft. Darüber hinaus stehen kurdische Aktivist*innen, die nach Schweden geflohen sind, unter dem Druck Erdogans kurz vor der Abschiebung. Er verwendet ihr Schicksal als Druckmittel für seine Zustimmung zur NATO-Erweiterung.

Das auf die Türkei, den Iran, den Irak und Syrien aufgesplitterte kurdische Volk hat immer erleben müssen, dass sein unverbrüchliches Recht auf Selbstbestimmung und auf die Bildung eines eigenen Staates (wenn es dies wünscht), sowohl von den imperialistischen Mächten als auch von der türkischen, iranischen, irakischen und syrischen Bourgeoisie gewaltsam bekämpft wurde. Heute steht das kurdische Volk sowohl in der Türkei als auch an der syrischen Grenze unter Beschuss durch die türkische Armee und die türkische Polizei. Gleichzeitig sind die Kurd*innen im Iran, die an der Spitze des Aufstands gegen die islamische Diktatur standen, Opfer der brutalsten Unterdrückung durch das iranische Regime.

Der Mörder, der bereits für verschiedene rassistische Angriffe und Gewalttaten bekannt war, hatte im Dezember 2021 mit einem Säbel ein Flüchtlingslager angegriffen. Doch kaum war er am 12. Dezember 2022 aus dem Gefängnis entlassen worden, war er wieder am Werk. Angesichts der grausamen Unterdrückung der Kurd*innen sowohl durch das türkische als auch das iranische Regime. Angesichts früherer Anschläge auf kurdische Aktivisten durch die türkischen und iranischen Geheimdienste mit Hilfe der faschistischen Organisation Bozkurtlar (« Graue Wölfe ») in vielen Ländern der Welt und angesichts der Opfer, die den Kugeln des Mörders zum Opfer fielen, fällt es schwer, an die Einzeltat eines mehr oder weniger verwirrten Rassisten zu glauben, wie Innenminister Darman behauptet. Ob unbewusst oder im Auftrag – der Mörder hat dem Erdogan-Regime und seiner Verfolgungspolitik gegen die Kurd*innen in die Hände gespielt. Es wird Aufgabe einer unabhängigen Untersuchungskommission der internationalen Arbeiterinnenorganisationen sein, die wirklichen Hintergründe des Anschlags aufzudecken.

- Arbeiter*inneneinheitsfront für die Verteidigung aller kurdischen Flüchtlinge und Aktivisten! Asylrecht, Aufenthaltsrecht, Ende der polizeilichen Verfolgung in Frankreich und überall in Europa und auf der ganzen Welt!
- Führungen der Arbeiter*innenorganisationen, ruft zu Demonstrationen vor türkischen Botschaften und Konsulaten auf und organisiert sie, um die militärische Intervention gegen die Kurden in Syrien zu stoppen, die Truppen abzuziehen und die Gefangenen freizulassen!
- Für eine unabhängige Untersuchungskommission der internationalen Arbeiter*innenbewegung zur Aufdeckung der Hintergründe der Morde in Paris!
- Sofortige Beendigung der Unterdrückung der Massen in Iranisch-Kurdistan und im gesamten Iran!
- Es lebe der Kampf des kurdischen Volkes als Teil des Kampfes der Völker des Iran!
- Für das Recht der Kurd*innen in der Türkei, im Iran, in Syrien und im Irak, einen geeinten kurdischen Staat zu bilden!

24. Dezember 2022

Internationales Büro des Kollektivs Permanente Revolution

Fortsetzung von Seite 28

Werden wir wieder und wieder mit "starken Aktionen", einer "langfristigen" Mobilisierung und einem Rotations-Streik an einigen Standorten beginnen, während die Gewerkschaftsführer weiterhin zu Aktionstagen aufrufen und fordern, den Angriff auf die Renten neu zu verhandeln?

Die politischen Helfershelfer der Regierung, die Gewerkschaftsapparate, versuchen, einen Generalstreik zu verhindern.

LFI [La France Insoumise – „Unbeugsames Frankreich“ – von Jean-Luc Mélenchon gegründete reformistische Partei] ruft für den 21. Januar zu einem "Marsch für die Renten" auf, zusammen mit der POI [Unabhängige Arbeiter*innenpartei – lambertistische Kleinpartei], die ebenfalls nicht zur Rücknahme der Regierungspläne aufruft. Dies ist Teil der zunehmenden symbolischen Proteste (auf der Straße und im Parlament), die die Regierung kalt lassen. Ansonsten befürwortet die LFI ebenso wie die PS und die PCF die Initiativen der Gewerkschaften. Alle versprechen, bei der Diskussion in der Nationalversammlung wie die Löwen zu kämpfen. Aber was soll's? Die Regierung hat sich mit LR abgesichert und würde, wenn es sein müsste, den 49.3er herausholen [der Paragraph 49.3 ermöglicht es der Regierung, gegen die Nationalversammlung Gesetze zu beschließen, die gültig werden, wenn die Regierung nicht binnen 24 Stunden durch ein Misstrauensvotum gestürzt wird. Daher die Päckerei zwischen Borne und LR].

Alle Vertreter*innen der Gewerkschaftsbürokratie, selbst diejenigen, die keine Abgeordneten stellen, haben sich davor gehütet, in den Gewerkschaften einen Kampf gegen die „Konzertierung“ zu führen. Heute rufen sie die Lohnabhängigen dazu auf, den Apparaten zu gehorchen.

Leute, die keinen Generalstreik wollen, müssen unweigerlich alle Anstrengungen unternehmen, um den Streik im Rahmen eines halbpolitischen Halbstreiks zu halten, d.h. ihn seiner Kraft zu berauben" (Trotzki, 6. Mai 1926).

Die Abspaltung der NPA [gemeint ist Révolution Permanente, Mitglied der von der argentinischen PTS geführten Trotzistischen Fraktion/IV. Internationale, die lange eine Fraktion der Nouveau Parti an-

ticapitaliste - Neue Antikapitalistische Partei war] von 2021 kämpft nicht für die Durchsetzung des Generalstreiks, sondern spricht sich für die "reconductible" aus, die die Chefs von CGT und SUD nicht stört.

Es sind also keine halben Sachen möglich, wir müssen einen Schlachtplan auf den Tisch legen, der es ermöglicht, die breiten Sektoren unserer Klasse, deren Wut auf die Regierung, aber auch auf die hohen Lebenshaltungskosten bereits spürbar ist, in einem Rotations-Streik zu mobilisieren, der allein in der Lage ist, Macron zum Einlenken zu bewegen. Es ist dringend notwendig. (Permanente Revolution, 10. Januar)

Die NPA [Neue Antikapitalistische Partei – linksreformistische Partei] hat sich Ende 2022 gerade gespalten. Die Pro-NU-PES-Fraktion [Nouvelle union populaire écologique et sociale – Neue ökologische und soziale Volksfront, von Mélenchon initiiertes Bündnis „linker“, auch bürgerlich-ökologischer, Parteien] kämpft nicht für die Durchsetzung des Generalstreiks, sondern passt sich der von der LFI und den Gewerkschaftsführern organisierten Zersplitterung an.

Beteiligen wir uns an allen Mobilisierungsinitiativen, die stattfinden werden, insbesondere am branchenübergreifenden Streik am 19. Januar, zu dem alle Gewerkschaften aufgerufen haben, und an der Demonstration am 21. Januar in Paris, zu der die Jugendorganisationen aufgerufen haben (NPA, Strömung B, 10. Januar).

Die andere Fraktion kämpft nicht für den Generalstreik, sondern orientiert sich an den Apparaten der FSU, SUD und CGT.

Am Dienstag, den 17. Januar, streiken die Beschäftigten im Bildungswesen für Neueinstellungen und zur Verteidigung der Renten. Am Donnerstag, dem 19. Januar, findet ein erster branchenübergreifender Streiktag statt, zu dem die Intersyndicale aufgerufen hat. Am Samstag, den 21. Januar, wird eine landesweite Demonstration stattfinden, zu der insbesondere mehrere Jugendorganisationen aufgerufen haben. Wir müssen diese ersten Termine schon jetzt vorbereiten" (NPA Strömung C, Communiqué, 10. Januar).

LO [Lutte Ouvrière – Arbeiter*innenkampf, beruft sich auf den Trotzismus] kämpft nicht für die Durchsetzung des

Generalstreiks, sondern dafür, dass die Basis "Streiks" befolgt, die von den Bürokratien der CGT und der FSU verordnet werden.

Es wird also alles wesentlich von den Arbeiterinnen und Arbeitern selbst abhängen. Wir müssen in uns selbst die Energie und die Entschlossenheit finden, um Macron zurückzudrängen. Bisher wird der massive Widerstand gegen diesen Angriff nur in Umfragen gemessen. Nun, wir werden sie in den Betrieben durch Streiks und auf der Straße durch Massendemonstrationen zum Ausdruck bringen müssen! (Nathalie Arthaud, 9. Januar)

Erzwingen wir den Generalstreik, um zu siegen!

Die zahlreichen Beweise für die Unzufriedenheit in den Krankenhäusern und Berufsschulen, der massive Streik in den Raffinerien im Herbst und der Streik der SNCF-Arbeiter zu Beginn des Winters zeigen, dass das Proletariat über die Ressourcen verfügt, um seine Rechte zu wahren, die Rücknahme des Projekts zu erreichen und der Macron-Borne-Regierung eine Niederlage beizubringen.

Um zu gewinnen, muss die Kraft der gesamten Arbeiterklasse im Generalstreik bis zur Rücknahme aufgerichtet werden. Warum um den heißen Brei herumreden? Die Konvergenz der Kämpfe - das kann nur der Generalstreik sein! Das „Alle zusammen“ - das kann nur der Generalstreik sein! Die Generalmobilisierung - das kann nur der Generalstreik sein! Es gibt keinen anderen Weg, um die Regierung zu besiegen.

Wir müssen uns organisieren, um die Gewerkschaftsbürokratien zu überrollen. Überall, in den Betrieben, Büros, Krankenhäusern, Schulen, Fakultäten usw., müssen Aktionskomitees für den Generalstreik aufgebaut und untereinander koordiniert werden, damit sie in den Generalversammlungen, in den Gewerkschaftssektionen mit einem gemeinsamen Schlachtruf auftreten: Um die Regierung zu besiegen - Generalstreik!

14. Januar 2023

Groupe Marxiste Internationaliste

Um die Regierung zu schlagen - Generalstreik!

Ein Plan für das Kapital, gegen die Arbeit

Wenig überraschend hat [Premierministerin Élisabeth] Borne am 10. Januar nach monatelangen Beratungen mit den Gewerkschaftsführern und letzten Verhandlungen mit LR [Les Républicains – extrem reaktionäre bürgerliche Partei, die die Regierung Macron stützt] die „Gegenreform“ der Renten vorgestellt:

Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters um zwei Jahre von 62 auf 64 Jahre.

Erhöhung der Beitragsdauer von 42 Jahren auf 43 Jahre ab 2027 statt 2035, um eine Vollrente zu erhalten,

Abschaffung der Sonderrentensysteme der RATP, EDF, ENGIE, RTE...

Beibehaltung der Sonderregelungen (die "Bonifikationen") für Polizisten und Soldaten.

Der Entwurf soll am 23. Januar im Ministerrat vorgestellt, ab dem 6. Februar in der Nationalversammlung diskutiert und in den Berichtigungshaushalt der Sozialversicherung aufgenommen werden, um ab dem 1. September anwendbar zu sein.

Genauso wenig, wie dieser Entwurf [für die Arbeiter*innen] in den vorangegangenen Monaten verhandelbar war, ist er heute akzeptabel oder verbesserungswürdig. Es gibt nur eine Losung: vollständige Rücknahme des Gesetzentwurfs gegen die Renten!

Der letzte Bericht des Renten-Orientierungsrats (Conseil d'orientation des retraites - COR) im September letzten Jahres hatte wie schon so oft zuvor den Boden aufbereitet. Die Argumente für diesen sechsten Angriff seit 1993, länger arbeiten zu lassen und die Renten zu senken, sind immer dieselben: Einzelfälle verbessern, "unser" System retten... In Wirklichkeit wird die buchhalterische Schiefelage durch den Staat selbst und insbesondere durch die zunehmende Befreiung der Kapitalist*innen von den Sozialabgaben verursacht.

Während die Lohnabhängigen die überwältigende Mehrheit des materiel-

len und immateriellen Reichtums der Gesellschaft schaffen, geht es darum, den Gesamtlohn (direkt und indirekt) zu senken, um den Profit zu steigern. Die Einschränkung der Arbeiter*innenrechte während Macrons erster Amtszeit, die fortgesetzte Senkung der Steuern und Sozialabgaben für Unternehmer*innen und Reiche, der jüngste Angriff auf Arbeitslose, der Verfall der öffentlichen Krankenhäuser und die jüngste Umgestaltung der Berufsausbildung ... sind Teil dieser Offensive des Kapitals gegen die Arbeit.

Es ist auch die Profitgier, die den Marsch in die Klimakatastrophe erklärt, die von den bürgerlichen Staaten zwar nicht gewollt wird, die sie aber nicht verhindern können.

Wem nützt der "soziale Dialog"?

Macron hatte von Anfang an die Marschrichtung angekündigt. Dennoch saßen die Gewerkschaftsvertreter*innen weiterhin im Renten-Orientierungsrat. Dennoch sind alle Gewerkschaftsführer*innen den Vorladungen des Präsidenten und der Regierung gefolgt, als ob er seine Meinung ändern und sich auf die Seite der Arbeit gegen das Kapital stellen würde!

Der Arbeitsminister hat seit Oktober drei Runden von Beratungen mit den Sozialpartnern durchgeführt.

*„Ich habe mich persönlich dreimal und letzte Woche noch einmal mit den Führer*innen der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände getroffen. Jeder hat an den Gesprächen teilgenommen. Dieser Dialog war nützlich.“ (Élisabeth Borne, Rede, 10. Januar).*

Die „Mitbestimmung“ im COR, die Verhandlungen über die antisozialen Pläne sind für die Regierung nützlich. Nicht



Proteste am 19.1.2023

Foto: Jean-Baptiste Truffart

aber für die Lohnabhängigen. Sie lassen den bürgerlichen Staat als neutral erscheinen. Sie verhindert, dass sich die Regierung im Dienste des Kapitals und die Masse der Arbeiter*innen, die ihre Errungenschaften entschlossen verteidigt, gegenüberstehen.

Die wiederholten "Aktionstage" haben noch nie zum Sieg geführt.

Diese Kumpanei zeigt sich auch darin, dass die Intersyndicale [Gewerkschaftskoordination der verschiedenen Verbände] CFTD-CGT-FO-SUD-UNSA-FSU-CFTC-CGC nicht die Rücknahme des Entwurfs fordert und sich damit begnügt, einen ersten "Aktionstag" am 19. Januar auszurufen.

Im Übrigen hat die Regierung Macron-Borne keine Angst vor wiederholten "Aktionstagen", die den Kampfgeist der Arbeiter*innen nach und nach schwächen. Diese haben bei den bisherigen Kämpfen zur Verteidigung der Renten in den Jahren 2003, 2010, 2013 und 2019-2020 jedes Mal zur Niederlage geführt. Die Regierung fürchtet sich kaum mehr vor "verlängerbaren oder Rotationsstreiks" [réconductibles], die Standort für Standort gestartet werden, verstreut sind und die kämpferischsten Arbeiter*innen isolieren und zermürben, ohne Ergebnisse zu erzielen.

Weiter auf Seite 27